

Liebe Genossin, lieber Genosse,

„Die Wirtschafts- und Finanzkrise als Merkmal des Grundwiderspruchs zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privatkapitalistischen Aneignung zeigt das Ausmaß der Systemverwerfung“, so formuliert Werner Roß in der neuesten Offensiv 04/10 (s. S.4). Diese Verwerfung bedingt die - trotz gelegentlicher Abmilderungen in den ökonomischen Kennziffern - allgegenwärtige und nur durch die Aufhebung des Grundwiderspruchs auflösbare Krise des Kapitalismus.

Demgegenüber schönfärbte Wirtschaftsminister Rainer Brüderle am 01. Juli in einer Regierungserklärung: „Deutschland ist wieder da“, und: „Wir sind auf einem guten Weg - der Aufschwung geht weiter.“ Wie wenig der Minister erst recht mit den Problemen der arbeitenden Menschen zu tun hat, zeigt sich in seinem Gerede von einem bevorstehenden „Jobwunder“, in dem – nach veränderter Zählweise zum Vorjahr! – die Arbeitslosenzahlen drastisch sinken würden. Nein: Die kapitalistische Krise war und bleibt manifest; der o.g. Artikel auf S.4 benennt und erläutert wichtige Konsequenzen für die Werktätigen.

Während sich in der BRD erste antikapitalistische Ansätze, z.B. mit den Demos vom 12.06., bemerkbar machen, sind die Entwicklungen in anderen Ländern Europas tiefergehend:



Der mittlerweile fünfte Generalstreik in Griechenland legte am 29.06. weite Bereiche des Arbeitslebens lahm; die klassenkämpferische Gewerkschaft PAME und die KKE (KP Griechenlands) berichten, dass Fabriken, Häfen, Bahnhöfe und Flugplätze lahmgelegt wurden. Die Streikbeteiligung lag zwischen 80 Prozent in Industrie und öffentlichem Dienst und 95 Prozent bei ehemaligen Staatsbetrieben der Telekommunikation, Bahn, Strom- und Wasserversorgung. Im Mittelpunkt stand der Widerstand gegen den Umbau des Rentensystems. In Griechenland sollen 40 Jahre

Lebensarbeitszeit – statt bisher 35 – zur Erlangung der Vollrente eingeführt werden. Zugleich ist geplant, die Bezüge von Staatsangestellten um 15 bis 20 Prozent zu verringern.

Gleichzeitig wird – analog zu den Einschüchterungsversuchen hierzulande – auf verschärfte Versuche von Kriminalisierung und Illegalisierung der Streikmaßnahmen hingewiesen (vgl.: www.kommunistische-initiative.de-GR-Streik). Auch wurden Streikende angegriffen; die kubanische GRANMA berichtet von dem Einsatz von Tränengas durch die Polizei (span.: granma/2010/06/30).

In Portugal sind seit heute erhöhte Mehrwertsteuersätze in Kraft – aus diesem Grund führt die portugiesische KP in vielen Städten des Landes Protest- und Straßenaktionen durch gegen Preiserhöhungen sowie weitere



Regierungsmaßnahmen wie Lohnkürzungen. (port.: pcp.pt/jornada-nacional). Und im spanischen Baskenland streikten am 30.06. in über 65% der Betriebe über 70% der Beschäftigten und somit mehr als 65.000 Personen, wie die baskische GARA berichtet (span.: gara-respuesta-vasca), gegen eine Arbeitsrechts-Reform, mit der z.B. der Kündigungsschutz stark eingeschränkt werden soll.

Von neuer Qualität im europaweiten Protest ist der Aufruf der PAME an ihre Klassengenossen zum einheitlichen Handeln (S.2) – Wir stimmen überein mit der darin formulierten Feststellung:

„Heute, mehr als gestern benötigen wir

- *Internationalismus und Solidarität unter den Arbeitnehmern*
- *Kämpferische Koordinierung der Gewerkschaften*
- *Gemeinsame Klassenkämpfe mit gemeinsamer Zielsetzung*

WIR KÄMPFEN GEGEN DIE AUSBEUTUNG DES MENSCHEN DURCH DEN MENSCHEN.“

SOLIDARITÄT MIT DEN KLASSENKÄMPFEN IN EUROPA – SOZIALISMUS STATT BARBAREI!

Martin

IN DIESEM NEWSLETTER:

KRISE DES KAPITALISMUS	S. 2
ANFORDERUNGEN AN KOMMUNISTEN	S. 6
AKTUELLES AUS DER KI	S. 8
KATYN	S. 19
LITERATUREMPFEHLUNGEN	S. 21
AKTUELLES AUS UND ÜBER KUBA	S. 23

KRISE DES KAPITALISMUS

AUFRUF DER GEWERKSCHAFT PAME

- **An die Arbeiterklasse der Länder Europas!**
- **An alle kampfbereiten Gewerkschaften Europas!**
- **An alle kampfbereiten Gewerkschaftsmitglieder Europas!**

Liebe Kollegen,

wir senden euch diesen Beschluss – Aufruf, den heute, den 29 Juni 2010, alle Arbeitnehmer Athens auf der großen Streik-Kundgebung der PAME, vor dem griechischen Parlament, bestätigt haben.

“Wir alle, die zehntausende Versammelten Athens, drücken noch einmal unseren schärfsten Widerspruch aus zu den barbarischen, arbeiterfeindlichen Maßnahmen, die von Grund auf die jahrelang geltenden

Errungenschaften in Maßnahmen zugunsten des monopolistischen Kapitals umwandeln. Wir setzen unseren unbeugsamen Klassenkampf fort, mit den Zielen der klassenbewussten Arbeiterbewegung unseres Landes, die durch die PAME (kämpferische Arbeiterfront) ausgedrückt und vertreten wird und die in ihren Reihen tausende von Arbeitnehmern in hunderten von Grund- und Dachorganisationen vereinigt.



In vielen weiteren europäischen Städten kämpfen zur Zeit Arbeitnehmer gegen die Politik ihrer Regierungen. Wir drücken unsere Unterstützung und unsere Solidarität aus. Aus diesen kleineren und größeren Kämpfen ziehen wir einige gemeinsame Schlüsse:

1. Die Arbeiterklasse in allen europäischen Ländern ist mit einer gemeinsam ausgearbeiteten Strategie des monopolistischen Kapitals konfrontiert. Eine Strategie, die sich nicht nur zum Ziel setzt, alle Lasten der kapitalistisch - ökonomischen Krise der Arbeiterklasse aufzubürden, sondern vor allem seine langfristigen Gewinne mit der endgültigen Abschaffung jedes Rechts der Arbeiterklasse und der Erweiterung der Ausbeutung abzusichern.
In ganz Europa sind wir Zeugen des barbarischsten und koordiniertesten Angriffs und gleichzeitig des härtesten Kampfes jedes einzelnen kapitalistischen Landes, für sich den größten Anteil zu sichern. Dabei handelt es sich um einen Konkurrenzkampf, der neue Leiden für alle Völker bringen wird.
2. Die neoliberalen sowie sozialdemokratischen Regierungen wenden die selben harten Maßnahmen an. Sie vertreten dieselben Interessen.
3. Errungenschaften und Grundrechte, die durch harte Kämpfe und durch Blutvergießen gewonnen wurden, werden jetzt zurückgenommen unter dem Vorwand "des Austritts aus der Krise", einer Krise, die die kapitalistische Anarchie und die kapitalistischen gigantischen Profite verursacht haben. Eine ernste Krise, die die geschichtlich festgesetzten Grenzen des kapitalistischen Systems aufweist, eines Systems, das faul und Massenarbeitslosigkeit, Armut, Krieg und Unterdrücken gebiert.
4. Die Europäische Union erweist sich als eine Kapitalisten - Vereinigung. Eine Vereinigung, die gemeinsam mit dem Weltwährungsfond und den USA, gemeinsam mit den Regierungen eine Allianz der Ausbeutung der Völker zugunsten des Kapitals darstellt.
5. Die Konföderation der Europäischen Gewerkschaften stellt sich immer wieder nicht als eine gewerkschaftliche Organisation, sondern als ein bürokratischer Ausschuss des europäischen Kapitals heraus, der im Grunde die Strategien der EU unterstützt. Die Verantwortung dieser Kräfte ist immens, da sie die Arbeiterbewegung durch ihre Versöhnungspolitik mit dem Kapital und durch ihre Politik der Klassenkooperation und der Unterwerfung entwaffnet.

Liebe Kollegen,

angesichts dieser Situation ist die europaweite Koordinierung aller kampfbereiten Gewerkschaften und aller Arbeitnehmer heute notwendig und hat absoluten Vorrang.

Heute, mehr als gestern benötigen wir

- **Internationalismus und Solidarität unter den Arbeitnehmern**
- **Kämpferische Koordinierung der Gewerkschaften**
- **Gemeinsame Klassenkämpfe mit gemeinsamer Zielsetzung**

in allen Ländern der Eurozone, in ganz Europa.

Arbeitnehmer Europas,

wir dürfen nicht länger abwarten! Wir müssen kooperieren!

Wir, die griechischen Arbeitnehmer, Arbeitslosen, Immigranten, Frauen, junge Menschen und Rentner erklären uns solidarisch mit den Arbeitnehmern Spaniens, Portugals, Dänemarks, Italiens, Rumäniens, Frankreichs, mit den Arbeitnehmern aller Länder, die auf die Straßen gehen.

Wir erweisen unseren Internationalismus gegenüber allen Arbeitnehmern Europas, die den bürokratischen, sich mit den Kapitalisten versöhnenden Gewerkschaftsriegen den Rücken kehren und neue Wege, durch neue kämpferische, ehrliche Gewerkschaftsorganisationen öffnen und ihren Gegenangriff organisieren.

Ziel unserer Kämpfe muss die Blockierung dieser arbeiterfeindlichen Maßnahmen werden, sodass diese Politik nicht in die Tat umgesetzt wird.

Wir fordern Maßnahmen, die den heutigen Bedürfnissen der einfachen Familien im Volk entsprechen. Unsere Hilfe der Arbeiterklasse Europas gegenüber, zu verstehen, dass der Kapitalismus nicht unsere Zukunft darstellt.

Wir kämpfen gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen.“

Die PAME wird weiterhin alle Versuche unternehmen, unsere Kräfte für gemeinsame Kämpfe zu koordinieren. Wir schlagen in diesem Sinn im nächsten Zeitraum ein gemeinsames Treffen in Athen oder einem anderen Land Europas vor.

Athen, den 29. 06.2010

Syntagma Platz

<http://de.kke.gr/news/2010news/2010-07-01-call-pame>

DIE NEUEN ARBEITSVERHÄLTNISSE – EINE IRRLOGIK DES KAPITALS

Der Gegensatz zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen als Primärwiderspruch aller ökonomischen Gesellschaftsformationen hat im heutigen Kapitalismus einen solchen Reifegrad erreicht, dass er objektiv die revolutionäre Aufhebung dieser Produktionsweise verlangt. Die Wirtschafts- und Finanzkrise als Merkmal des Grundwiderspruchs zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privatkapitalistischen Aneignung zeigt das Ausmaß der Systemverwerfung. Auch die Vergesellschaftung der Arbeit und der Produktion sind ein Hinweis dafür, dass der Kapitalismus an seine Grenzen gestoßen ist und er den Boden für eine neue, ausbeutungsfreie Gesellschaft geschaffen hat. Das politische Barometer steht also auf „veränderlich“.

Die Reaktion des Kapitals auf dieses Widerspruchsgeflecht ist schon durch die permanente Vernichtung des menschlichen Faktors der Produktivkräfte inhuman und produziert weitere gesellschaftliche Konflikte. Diesbezüglich wird deutlich, dass der Kapitalismus im Sinne des gesellschaftlichen Fortschritts nicht reformierbar ist und er nur noch zerstörerische Energien entfalten kann. Sinnbildlich hierfür sind die Agenda 2010 sowie die Hartz-IV-Gesetzgebung der so genannten rot-grünen Regierung unter G. Schröder. Diese angeblich herzustellende Balance zwischen Kapital und Arbeit wird in ihren Kadinalpunkten von der schwarz-gelben Regierungskoalition mit noch größerer Intensität fortgesetzt. Man glaubt nun den vermeintlichen Königsweg zur Krisenbewältigung im Interesse des Kapitals gefunden zu haben. Als Patentrezept wird die radikale Veränderung der Arbeitswelt praktiziert. Dabei geht es um folgende Eckpunkte, die zu sozial inhumanen Ergebnissen führen:

- Die Festanstellungen im Rahmen der Arbeitsverhältnisse nehmen immer mehr ab. Weniger als zwei Drittel aller Erwerbstätigen, so listet „Der Spiegel“ auf, haben noch einen Normaljob, der voll sozialversicherungspflichtig und unbefristet ist. Von 1996 bis 2008 sank ihre Zahl um sieben Prozent, auf nur noch 22,9 Millionen.
- Die Zahl der befristeten Jobs im Land wächst dramatisch. Jeder Elfte hat bereits ein befristetes Arbeitsverhältnis. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der so genannten atypischen Beschäftigungsverhältnisse um 53 Prozent.
- Die Gruppe der Solo-Selbständigen wuchs in den vergangenen zehn Jahren um 27 Prozent.
- Innerhalb von nur fünf Jahren verdoppelte sich die Zahl der Menschen, die mindestens zwei Jobs haben, auf 1,8 Millionen. Der Grund: ein Arbeitsverhältnis gewährleistet nicht mehr die Bestreitung des notwendigen Lebensunterhaltes.
- Flexible Arbeitskräfte, die bei Bedarf eingestellt und wieder entlassen werden, gehören zur Norm.

- Die Leiharbeit spielt eine immer größere Rolle. In ca. ¼ aller deutschen Unternehmen wird Leiharbeit genutzt. Dabei werden bestehende feste Arbeitsverhältnisse zugunsten von befristeten Leiharbeiterjobs reduziert.
 - Durch die Angst vor der Verlagerung von Betrieben bzw. Betriebsteilen und Teilprodukten üben die Unternehmen einen Zwang aus, um die arbeitsrechtlichen Standards im Inland zu senken.
 - Besonders hart trifft es die Jugend und die jungen Erwachsenen unter 35 Jahren. Hier ist es fast üblich geworden, dass der Einstieg in das Berufsleben über Leiharbeit, befristete Arbeitsverhältnisse und Teilzeitarbeit erfolgt.
 - „Zwei Drittel der Arbeitnehmer“ unter 30, so „Der Spiegel“, „verdienen weniger als 2000 Euro brutto, wenn sie einen Vollzeitjob haben. Jeder dritte Hochschulabsolvent hält sich zunächst mit einem oder mehreren Jobs über Wasser.“
 - Typisch für die neuen Arbeitsverhältnisse ist auch der Niedriglohnsektor. Hier arbeiten gegenwärtig ein Fünftel der Erwerbstätigen, fast doppelt so viele wie 1995.
 - Eine wissensintensive Arbeit verlangt Bildung. Dadurch ergibt sich ein Druck auf die „Arbeitnehmer“ mit geringer Qualifikation, die zu einem niedrigen Verdienst führt, soweit überhaupt die Begründung eines Arbeitsverhältnisses möglich ist. Der Erwerb von Bildung hängt aber wiederum von einer Bildungspolitik ab, die jedem den Erwerb von Wissen ermöglicht. Das ist aber in der kapitalistischen BRD nicht der Fall.
 - Immer mehr Frauen drängen auf den Arbeitsmarkt. In Deutschland sind es etwa 70%, mehr als in den USA, Frankreich oder Spanien. Das ist allerdings nicht dem Umstand ihrer Emanzipation geschuldet, sondern der Tatsache, dass ein Ernährer nicht ausreicht, um die Familie zu ernähren.
 - In Ostdeutschland vollzieht sich die Veränderung der Arbeitswelt unter kapitalistischen Bedingungen noch radikaler. Einerseits gingen durch die Inbesitznahme des Volkseigentums durch das Kapital 40 % der Arbeitsplätze verloren, andererseits wurde die ehemalige DDR als Experimentierfeld für die Ausbeutung angesehen. Es gibt Regionen, in denen die Stundenlöhne nicht höher als drei oder vier Euro sind.
- Um die neuen Arbeitsverhältnisse zugkräftig erscheinen zu lassen, wird beschönigt, dass diese den Arbeitenden mehr Verantwortung, Freiheit und Selbständigkeit böten. Ein Zeichen für die apologetische Betrachtungsweise ist die mehrfach beschworene Behauptung, dass es zu der aus der neuen Arbeitswelt sich ergebenden Entwicklung keine Alternativen gäbe, man es also mit Zwängen zu tun habe, die aus der Globalisierung, den Technologien sowie dem Wertewandel (sic!) resultierten. Die Arbeitsministerin will noch immer glauben machen, dass eine Vollbeschäftigung im Kapitalismus mittels der Flexibilisierung der Arbeit erreichbar wäre. Vielleicht hat sie hierbei die Zwangsverpflichtung von Langzeitarbeitslosen im Sinn- Außerdem bagatellisiert sie das Armutsrisiko, reduziert es vor allem auf Menschen ohne Qualifikation und spricht sich gegen „ein Zuviel an Staat in der Wirtschaft“ aus. Somit wird die neoliberale Politik im Kontext mit dem Marktfundamentalismus als gesellschaftliches Leitbild gepriesen. „Der Spiegel“ versteigt sich sogar zu der These, dass die neue Arbeitswelt Ausdruck einer neuen industriellen Revolution sei. Dabei übersieht er geflissentlich die Rolle der Produktionsverhältnisse, von deren Charakter die Entfaltungsmöglichkeiten der Produktivkräfte abhängen.
- Wir haben es zweifellos mit einer Stimmungsmache für einen angeblich schicksalhaften Prozess zu tun, wobei kleine moralische Einsprengsel zur journalistischen Methode gehören. Aber mittels politischer Alchemie sind natürlich nicht die Ursachen der Entwicklung der neuen Arbeitswelt zu erklären. Deshalb muss auch die empfohlene Therapie zur Begradigung unliebsamer Ausschläge fehlschlagen; denn der Vordersatz des logischen Schlusses ist falsch.
- Die wahren Ursachen für die Veränderung der Arbeitsverhältnisse als Ausdruck der Dynamik der neuen Technologien (so Mikroelektronik, Digitalisierung, Industrie-robotertechnik, Biogenetik, supramolekulare Chemie, Nanotechnologie) sind in den gesellschaftlichen Verhältnissen begründet. Unter kapitalistischen Bedingungen ist die Systemlogik des Kapitals, die sich insbesondere in der Profitbesessenheit äußert, von tragender Bedeutung. Dem Grunde nach sollen durch die neuen Arbeitsverhältnisse clevere Wege für die Verwertungszwänge des Kapitals erschlossen werden. Der Mensch soll noch weiter allein auf die wirtschaftliche Verwertbarkeit herabgestuft werden. Dadurch, dass er den Effizienzkriterien des Kapitals unterworfen wird, ergeben sich für ihn gravierende soziale Folgen.
- Wie jede Sache, so produziert eine solche Politik ihr Gegenteil mit. Die sich aus den kapitalistischen Eigentumsverhältnissen ergebenden Reichtums-Armuts-Antagonismen polarisieren die Gesellschaft in zunehmendem Maße. Dieser objektive Widerspruch harret der Lösung. In diesem Zusammenhang bedarf es nun des Subjektiven, nämlich seines Erkanntwerdens sowie des revolutionären Handelns der Arbeiterklasse und aller

anderen Lohn- bzw. Sozialabhängigen, um den Kapitalismus zu eliminieren. Anders kann der Menschheit keine Zukunft, kein gesellschaftlicher Fortschritt eröffnet werden.

Werner Roß, Zwickau, in: *Offensiv 4-10* (s. *Literaturempfehlungen*)



ANFORDERUNGEN AN KOMMUNISTEN

XIX. INTERNATIONALES KOMMUNISTISCHES SEMINAR: DIE KRISEFOLGEN UND DIE INTERVENTION DER KOMMUNISTISCHEN PARTEIEN (BRÜSSEL, 14.-16. MAI 2010)

I. Vertiefung der Krise des Systems

[...]

II. Die Aktion der kommunistischen Parteien

1. Die allgemeine Krise des Systems verpflichtet die kommunistischen Parteien, ihre Rolle als Avantgarde der Arbeiterklasse voll zu übernehmen. Es handelt sich darum, ihre Verantwortung zur Mobilisierung, Organisierung und Orientierung der ausgebeuteten Massen zu übernehmen. Es handelt sich darum, die Ursache der Verelendung zu zeigen und die Massen auf dem Weg der sozialistischen Revolution vorwärts zu bringen.

2. Um diese Aufgaben zu erfüllen müssen die Kommunisten die sich bietenden Gelegenheiten wahrnehmen. Das erfordert, jeden Routinegeist in Frage zu stellen. Es gibt Gelegenheiten, um bolschewistische Parteien zu entwickeln, zu konsolidieren oder aufzubauen. Im Feuer des Klassenkampfes sammeln solche Parteien die Erfahrungen, und in dieser Feuerprobe härten sie sich.

3. Das Eintauchen in die Klassenkämpfe stellt eine ausgezeichnete Gelegenheit zur Ausbildung neuer Generationen von Kadern dar. Ein Grossteil der heutigen Jugend, und sicherlich die Generation, welche die antikommunistische Welle seit 1989 erlebt hat, kannte noch nie eine Krise von solcher Bedeutung und Schwere. Und sie bereitet sich jetzt auf ihre revolutionäre Rolle vor, die sie im Verlauf der folgenden Jahrzehnte spielen wird.

4. Für jede kommunistische Partei besteht die Herausforderung darin, sich die tiefe Kenntnis und die marxistische Analyse der Systemkrise zu eigen zu machen. Die Werke von Marx und Lenin sind von erstaunlicher Aktualität, um die tiefen Wurzeln der aktuellen Krise zu verstehen und um eine sozialistische Alternative zu formulieren.

5. Junge oder schwache Parteien haben jetzt eine gute Gelegenheit, ihre Verbindungen mit der Masse zu verstärken. Die marxistisch-leninistische Theorie muss ein Leitfaden für die Praxis sein. Von der kommunistischen Arbeit unter den Massen hängt es ab, wie weit diese Hebung des Bewusstseins sich verbreitet und Wurzeln schlägt, vor allem mittels der Klassenkämpfe. Die Massen lernen durch die Erfahrung der Kämpfe. Es geht darum, in jedem Kampf zu arbeiten und die Forderungen der Arbeiter herauszuarbeiten. Die Kommunisten müssen ein gesamtes Bündel von grundlegenden Forderungen vorschlagen, das von den Bedürfnissen der Arbeitenden ausgeht. Die herrschende Klasse hat ihren Reichtum auf dem Buckel der Arbeiter akkumuliert und bereichert sich auch während dieser Krise andauernd. Um diese Kämpfe zu entwickeln ist es wichtig, Forderungen zu formulieren, welche die Last der Krise den grossen Vermögen und den grossen Kapitalisten auferlegen.
6. Es geht darum, mit diesen Kämpfen die Perspektive des Sozialismus zu eröffnen. Die Kommunisten müssen Forderungen einbringen, für welche die Arbeitenden heute kämpfen wollen, die aber zugleich zum Sozialismus weisen. Es handelt sich um Forderungen, welche die Logik des Kapitalismus brechen, das politische Bewusstsein heben und die Klasseneinheit schmieden. Von höchster Wichtigkeit ist es, die Kämpfe zu politisieren, um die Arbeitenden zur Schlussfolgerung zu führen, dass tiefgehende Veränderungen der Machtverhältnisse notwendig sind, damit sie die Früchte ihrer Arbeit geniessen können. Jeder Kampf muss dazu dienen, die Klassensolidarität zu verbreitern, Bündnisse zu schaffen, die Spaltung, den Rassismus, den bürgerlichen Nationalismus und die gelben Gewerkschaften zu brechen. Man muss insbesondere die bürgerliche Propaganda bekämpfen, welche die Allianz der Klassen durchsetzen will um 'die Nation zu retten'. Die Nation retten heisst für die Bourgeoisie, die Interessen des Kapitals zu retten. Diese stehen den Interessen der Arbeiterklasse diametral gegenüber.
7. Es ist wichtig, die Moral der Truppen zu heben. Man muss spüren, wozu die Massen bereit sind, sich zu mobilisieren, um so kleine Siege zu erringen. Man muss unablässig für unmittelbare Eroberungen kämpfen, für Massnahmen, welche die Probleme mildern und Erleichterung verschaffen. Solche Massnahmen müssen durch die Macht der Bewegung durchgesetzt werden. Die Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse wird sich in dem Masse steigern, als der Kampf die Aussichten bietet, den kapitalistischen Rahmen zu überwinden und die bürgerliche Macht zu bedrohen.
8. Für die kommunistischen Parteien dient die parlamentarische Arbeit zur besseren Entwicklung der Kämpfe. Denn jeder grundlegende Wandel hängt von der Mobilisierung der Massen ab. Im kapitalistischen System kann es einige sozialen Errungenschaften geben, aber nur durch die Entwicklung der Klassenkämpfe. Man darf nicht auf die Parlamente zählen, sondern muss die ausserparlamentarischen Bewegungen entwickeln.
9. Eine besondere Aufmerksamkeit muss der Stärkung der Parteien selbst gelten. Man muss neue Mitglieder rekrutieren, überzeugen, organisieren. Die Rolle der kommunistischen Zeitung als Mittel zur Arbeit unter den Massen bleibt unersetzlich. Ebenso ist es erforderlich, für die Propagandatätigkeit und zur Ausdehnung der Kontaktnetze vermehrten Gebrauch von den elektronischen Kommunikationsmitteln zu machen.
10. Die Tätigkeit unter den Massen bedingt ein verstärktes Engagement in den Gewerkschaften und anderen Massenorganisationen der Arbeiterklasse,
11. Eine wichtige Aufgabe für die kommunistische Bewegung besteht darin, die richtigen Lehren aus dem sozialistischen Aufbau in den Ländern Osteuropas zu ziehen, diesen Aufbau und die andauernde Notwendigkeit des Sozialismus zu verteidigen. Die Kommunisten werden den antikommunistischen Kampagnen, die Hand in Hand mit der lügnerischen Umschreibung der Geschichte gehen, offensiv begegnen. Die kommunistischen Parteien verteidigen mit allen Kräften die historischen sozialistischen Errungenschaften des 20. Jahrhunderts und weisen die Lügen des Imperialismus zurück, welche diese Erfahrungen in den Schmutz ziehen, um die kommunistische Bewegung zu überwinden.
12. Die kommunistischen Parteien müssen sich an allen Fronten gegen die imperialistischen Aggressionen gegenüber den Völkern einsetzen. Insbesondere gegen die wichtiger werdende Rolle der NATO und die

zunehmenden militärischen Bedrohungen, welche in einem aggressiven 'strategischen Rahmen' anlässlich des nächsten Gipfeltreffens dieser terroristischen Organisation verabschiedet werden sollen.

13. Die Zeit ist reif, um die Entwicklung von gemeinsamen internationalen Kampagnen voranzubringen. Dies wird einen grösseren Einsatz für die Zusammenarbeit zwischen den kommunistischen Parteien auf internationaler Stufenleiter erfordern. Man muss die aktive Solidarität in laufenden Klassenkämpfen entwickeln. Man muss versuchen, gemeinsame Losungen zu formulieren. Man muss sich aktiv in den laufenden internationalen Kampagnen beteiligen, wie etwa der Kampagne 'Free the Cuban Five' oder der Kampagne für den Rückzug der Truppen aus Irak und Afghanistan.

Anmerkung : Aus der BRD hat sich keine Partei beteiligt !

den ganzen Text hier herunterladen : [icsbrussels.DE.doc](#)

Quelle: www.icsbrussels.org

AKTUELLES AUS DER KI



- Nordrhein Westfalen

LANDESLEITUNG DER KI NORDRHEIN-WESTFALEN NIMMT IHRE ARBEIT AUF

Am 26.06.2010 wurde in Düsseldorf die Landesleitung der Kommunistischen Initiative Nordrhein-Westfalen gebildet, um die erfolgreich gelegten Grundsteine zu festigen und zu erweitern. Zudem wurde ein Sekretariat und ein politisches Büro eingerichtet, um die Anfragen besser beantworten und organisatorische Schwierigkeiten besser lösen zu können.

Vor allem die Jugend findet in dieser neuen Phase einen besonderen Platz und setzt zusammen mit der KI neue schöpferische Kräfte frei. Kunst, proletarische Kultur und Klassenstolz sind die elementaren Punkte, die konkretisiert wurden und ausgebaut werden.

Die neu gegründete Agitprop-Gruppe nahm umgehend ihre Arbeit auf, einen Ein-Jahres-Plan zu erstellen. In ihm werden wichtige Punkte der Außenwirkung festgehalten, wie zum Beispiel die qualitative Verbesserung von KI-TV. Weitere Gruppengründungen erfolgten zum einen zum Themenschwerpunkt "Diplomatie", zum anderen als "Arbeitsgemeinschaft für Marxismus-Leninismus".

Das Jugendprojekt „Rotes Rheinland“ hat sich mit allen Redakteuren der KI-NRW angeschlossen und führt jetzt ihre Arbeit als „Zentralorgan der Kommunistischen Initiative Nordrhein-Westfalen“ aus. Besonders Schüler, Studenten und Auszubildende werden die Zielgruppe der Zeitung sein, die grundlegend inhaltlich und äußerlich von der Agitprop-Gruppe, in Zusammenarbeit mit der AG für Marxismus-Leninismus, verändert wird.

Die Einheit der Kommunisten und fortschrittlichsten Kräfte in dieser Gesellschaft zu vollziehen ist das Ziel

der praktischen Arbeit der KI-NRW. Besonders Genossen, die auf dem Lande wohnen, sollen mehr in den Entwicklungsprozess einer fortschrittlichen, kommunistischen Organisation eingebunden werden.

Alles in allem haben die Vertreter aus ganz Nordrhein-Westfalen die Ergebnisse der zweitägigen Diskussion mit Erfahrungen aus ihren Ortsgruppen bereichert und werden die Ergebnisse zusammen mit ihren Genossen vor Ort diskutieren und umsetzen.

Gegen kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung!
Für eine sozialistische Republik des Wohlstands und der Solidarität!
Klassenkampf-Klassensieg-Klassenmacht!

Politisches Büro der Kommunistischen Initiative Nordrhein-Westfalen

ki-nrw@kommunistische-initiative.de

NAZIAUFMARSCH AM TAG DER KONTERREVOLUTIONEN

Den Nazis ist wieder mal was eingefallen. Nämlich den 17.06.2010 zum Anlaß für eine öffentliche Zusammenrottung auf dem Dresdner Postplatz zu nehmen.

Dazu haben sie auch allen Grund, ist doch der 17.06. der Jahrestag zweier Konterrevolutionen in der DDR: Die erste gewaltsam scheiterte 1953 kläglich an den Verteidigern der Arbeiter- und Bauernmacht. Die zweite, nahezu lautlose, gelang 1990, als das BRD-hörige Marionettenparlament, welches nur noch den Namen Volkskammer trug, das Volk der DDR beraubte und das Volkseigentum der Hehlerbande des Kapitals übergab, nämlich der Treuhandanstalt.

Diese Konterrevolutionen sind für Nazis wichtige Ereignisse, weil ihre reaktionäre, rassistische, antidemokratische und chauvinistische Ideologie in einem fortschrittlichen, sozialistischen Staat wie der DDR keinen Platz hatte, sich aber in reaktionären Marionettenstaaten des Finanzkapitals wie der BRD durch dessen Schutz und Förderung entfalten kann.

Nazis sind nunmal die Sturmtruppen des Finanzkapitals für's ganz Grobe und werden gebraucht, um dessen faschistische Terrorherrschaft zu errichten und zu sichern. Diese Terrorherrschaft wird nötig, wenn die Herrschaft des Finanzkapitals nicht mehr mit den Mitteln der bürgerlich-parlamentarischen Scheindemokratie aufrechterhalten werden kann. Und sie kann dann nicht mehr aufrechterhalten werden, wenn die kapitalistische Wirtschaft gesetzmäßig eine Weltwirtschaftskrise hervorgebracht hat und die Politmarionetten des Finanzkapitals die Sozialsysteme zerschlagen und immer mehr Menschen in Unsicherheit und Elend stürzen MÜSSEN, wodurch an Breite und Intensität zunehmender Widerstand gegen das Regime aufkommt.

Aber auch die Nazis brauchen das Finanzkapital und den Faschismus, da sie sich nur in ihm völlig schrankenlos entfalten können – wie zwischen 1933 und 1945 im faschistischen Deutschen Reich. Die Konterrevolution in der DDR war dahin ein unabdingbarer Schritt.

Allerdings zeigte sich bereits am 16.06.2010 auf einer Kundgebung gegen die asoziale Politik vor dem Sächsischen Landtag, daß die Nazis in der Bevölkerung äußerst unbeliebt sind und mit ihrer sozialen Demagogie nicht mehr durchkommen. Ein aus Fenstern des Landtages gehängtes NPD-Plakat („Sozialräuber stoppen“ oder so ähnlich) mußte aufgrund massiver Proteste wieder abgenommen werden, was unter heftigem Applaus geschah. Von Kundgebungsrednern wurde mehrfach dazu aufgerufen, an der Kundgebung gegen die Nazizusammenrottung am 17.06. teilzunehmen.

Während aber am 16.06. die Polizeigewerkschaft GdP unter den Kundgebungsaufzurfern und -teilnehmern war und deshalb mal keine Demonstranten von Polizisten verprügelt wurden, stand die Polizei am 17.06. wieder vor den Nazis in trauter Front mit ihnen gegen alle Nichtnazis, schikanierte und bedrohte sie. Wobei die Frage wohl berechtigt ist, ob mehr Nazis in Uniform oder ohne auf dem Platz waren. Polizisten gehören nunmal,

genau wie die Nazis, den Gewaltinstrumenten des Finanzkapitals an. Da sind personelle Überschneidungen ganz normal.

Spannend war, ob die Polizei wagen würde, ausgerechnet am 17. Juni im Auftrag des Naziwohlfühlstaates und im Interesse ultrareaktionärer Kräfte auf Demokraten einzuprügeln. Vorsichtshalber rückte sie deshalb mit einem Bedrohungspotential an, als gälte es, einen bereits tobenden Bürgerkrieg zu gewinnen. Ich bin unsicher, ob mehr Nichtnazis oder mehr Polizeibusse auf dem Postplatz waren.



Dabei waren zwei Phasen erkennbar, welche einer taktischen Änderung entsprachen: In Phase 1 räumte die Polizei den Nazis nur ihren Zusammenrottungsplatz frei und drängte die Nichtnazis immer weiter über den Postplatz zurück. Als sie sahen, wie schwach unsere Kräfte sind, kesselten sie uns in Phase 2 mit Polizeibussen auf dem breiten Fußweg vor dem häßlichen „Freßwürfel“ersatz ein. Wobei die Polizeibusse teilweise ohne Vorwarnung vorrückten, so daß ich mehrfach ausweichen mußte, um nicht angefahren zu werden. So gelang es den polizeilichen Nazibeschrützerstaffeln, die Zusammenrottung der Nazis störungsfrei zu gestalten. Die Polizei mußte ihre Schlappe vom 13. Februar ausbügeln, als es ihr trotz aller Drohungen und Gewalt nicht gelang, den Nazis den Weg freizuprügeln. Sie bewies wieder einmal ihre Fähigkeit, Nichtnazis zu terrorisieren und Nazis den Weg ebnen. Dabei werden offenbar keine Kosten, kein Aufwand und keine Mittel gescheut.

Was aber wiederum deutlich wurde: Die Nazis haben nur dann eine Chance, ihre Zusammenrottungen durchzuführen, wenn sie durch ein Vielfaches an Polizisten mit gewaltigem finanziellem und technischem Aufwand verstärkt werden.

TORSTEN

DKP-SEMINAR AM AMMERSEE

EIN ERLEBNISBERICHT VON REICHTUM UND VERLUST

Die DKP erhebt stets Anspruch auf ihre Führungsrolle als “kommunistische” Kraft in der Arbeiterbewegung. Was ich bisher von ihr las, konnte mich nicht überzeugen – und als Kraft in diesem Land ist sie eh nicht zu spüren.

Im Januar brachte die Parteiführung neue Thesen heraus, die einen Richtungswechsel und eine neue Herangehensweise der Partei darstellen sollen. Gegen diese Thesen gibt es angeblich in der Partei-Basis große Proteste, weil die Partei sich damit mehr der Partei “die Linke” annähert. Ich las, die Parteiführung lasse es

auf eine Zerreißprobe ankommen.

Es ergab sich, daß mich Sepp zum Seminar der DKP einlud. Ich sollte mir ein Bild davon machen, das die Parteibasis wirklich linke Ziele verfolge und nichts mit diesen Thesen am Hut habe. Ich dachte ein paar Tage darüber nach – willigte dann ein. Dieses Seminar fand vor zwei Tagen statt.

Am Samstag, 19.06.10 war ich dann zum Seminar der DKP am Ammersee. Ich wollte mir das bewußt “antun”, um mir ein Bild von dieser Partei machen zu können. Von wegen: Basis sei kommunistisch, nur die Parteiführung gehe derzeit eigene Wege. Zu meinem Glück waren die Referenten nicht irgendjemand, sondern Robert Steigerwald (theoretischer Kopf der Partei) und Leo Mayer (seit Februar 2008 stellvertretender Vorsitzender der DKP). Anwesend waren weitere rund 40/50 Genossen der DKP Südbayern. Schon während der Referate sträubten sich mir alle Nackenhaare. Man will langsam mit allen Menschen gemeinsam in den Sozialismus wachsen, durch Interesse am Sozialismus, durch Überzeugung. Diktatur des Proletariats wird gleichgesetzt mit Faschismus – “Das hatten wir – das wollen wir nie wieder”. Die Gewerkschaften seien dabei ein wichtiger Faktor. Die derzeitige Krise wird als besonders zu beachtende Situation dargestellt, als wäre sie kein vollkommen normaler Bestandteil des Kapitalismus/Imperialismus. “Der Sozialismus bedarf der Zustimmung der Mehrheit des Volkes.” Deshalb strebe die DKP breite Allianzen unterschiedlicher politischer Parteien und Organisationen an. Die Linken seien “isoliert” (nicht zerplittert). Man wolle radikal kämpfen gegen die Abhängigkeit des Menschen von dem Menschen (!) – Welch Wirrwarr! Die Massen sollen langsam herangeführt werden an eine grundlegende Umwälzung, dazu “die Macht der Banken und Konzerne” etwas “einschränken”.

Und der letzte Satz von Leo Mayer: “Die sozialistischen Länder, auch die DDR, “sind nicht kaputtgegangen, da sie zu viel Demokratie hatten und zu wenig Zwangsmittel.”

Leo Mayer und Robert Steigerwald bestätigten beide, daß die DKP mehr als nur zerstritten sei, sie werde auseinanderfallen in viele Gruppen, wenn es nicht gelänge, alle wieder zusammenzuführen. Die Thesen seien zurückzuführen auf sehr konspirative Arbeit einzelner selbsternannter Genossen, aber sie seien gut und richtig und müßten unterstützt werden.

Viele Diskussionsredner unterstützten die Worte der Referenten, verdammt die DDR als Unrechtsstaat, sprachen von der BRD als Rechtsstaat, die BRD sei eine Demokratie... lehnen die Diktatur des Proletariats ab (davon habe Marx ja auch gar nichts im Kommunistischen Manifest geschrieben)... wollen den “demokratischen” Sozialismus. Ich hatte bei den Wortmeldungen den Eindruck, daß sie “bestellt” worden waren, sie waren gut ausgearbeitet und befürworteten ausnahmslos den Inhalt der Thesen.

Ich meldete mich zu Wort und sprach davon, daß die Ursachen des Untergangs des Sozialismus eine lang vorbereitete, klassische Konterrevolution war, daß diese Prozesse gegen jegliche kommunistische Bewegung durch Stay-Behind-Armeeen auch in anderen Ländern wie besonders in Italien, wo es eine starke Kommunistische Bewegung gab, in Portugal, Spanien und auch Großbritannien und natürlich auch in Deutschland liefen und laufen. Ich sagte weiter, daß die linke Bewegung in Deutschland nicht isoliert, sondern zersplittert sei. Ich kritisierte, daß der Begriff “Demokratie” geklärt werden müsse und wollte ein paar Worte zur Krise und Kapitalismus sagen, auf die Leo großen Augenmerk legte, als meine Zeit schon um war. Ich wurde unterbrochen - ich hätte meine Redezeit schon überschritten (andere hatten weit länger geredet). Sei es so. In der Pause, bevor ich die Veranstaltung verließ, fragte ich in die Runde – “Ich habe in der DDR gelebt, aber ihr wißt wohl alle besser, wie wir gelebt haben?” – Mehrere antworteten fast gleichzeitig “Ja, das wissen wir besser!” und lachten mich aus. Ich fuhr in der Pause nach Hause, hatte genug erlebt und gehört.

PETRA

EIN KOMMENTAR DAZU:

Allgemeine Phrasen über Freiheit, Gleichheit und Demokratie sind in Wirklichkeit gleichbedeutend mit der gedankenlosen Wiederholung von Begriffen, die eine Ableitung aus den Verhältnissen der Warenproduktion

sind. Mit Hilfe dieser allgemeinen Phrasen die konkreten Aufgaben der Diktatur des Proletariats lösen zu wollen, heißt auf der ganzen Linie auf die theoretische, prinzipielle Position der Bourgeoisie übergehen. Vom Standpunkt des Proletariats steht die Frage nur so: Freiheit von der Unterdrückung durch welche Klasse? Gleichheit welcher Klasse mit welcher? Demokratie auf dem Boden des Privateigentums oder auf der Basis des Kampfes für die Abschaffung des Privateigentums? usw.

W.I. Lenin (LW 30, 101)

AG BILDUNG: DER URSPRUNG DES MEHRWERTES

Im KI-Newsletter vom 1. Juni haben wir uns mit dem zentralen Gesetz der kapitalistischen Produktion beschäftigt. Das Gesetz der „Akkumulation des Kapitals“ beschreibt den unmittelbaren gesetzmäßigen Zusammenhang zwischen der Produktion und Aneignung von Mehrwert sowie der Akkumulation von Kapital einerseits und der Verelendung der Arbeiterklasse andererseits auf Grundlage des privaten Besitzes an den Produktionsmitteln. Wir hatten festgestellt, daß das dem Warenwert entsprechende Geldkapital (G') in der dritten Phase der Kapitalbewegung (also nach dem Produktionsprozeß) einem größeren Wert entspricht als der Summe des Geldkapitals (G) vor dem Produktionsprozeß. Die Differenz zwischen G' und G entspricht vereinfacht formuliert dem Mehrwert, den sich der Kapitalist unentgeltlich aneignet und es erneut als - der Ausbeutung der Arbeiterklasse dienende - Kapital in die Zirkulation einsetzt. Durch die immer produktiver werdende Arbeit erzeugt die Arbeiterklasse als Quelle des Wertes immer mehr Reichtum. In dem folgenden Abschnitt wollen wir uns nun mit dem Ursprung des Mehrwertes beschäftigen.

Im Kapitalismus nehmen viele Gegenstände den Charakter einer Ware ein und selbst die Arbeitskraft wird als Ware gehandelt. Auf dem „Arbeitsmarkt“ bietet der Arbeiter seine Ware „Arbeitskraft“ an und erhält dafür eine bestimmte Geldmenge in Form seines Lohnes. Dieser Lohn entspricht dem Wert seiner Arbeitskraft.

Vergleichbar mit dem (Tausch-)Wert jeder anderen Ware (vergl. Newsletter vom 1.4.10) wird auch der Wert der Ware Arbeitskraft durch die gesellschaftlich durchschnittlich notwendige Arbeitszeit zur Produktion und Erhaltung einer Ware, hier die Arbeitskraft selbst definiert. Der Wert der Arbeitskraft wird also durch die Reproduktionskosten des Arbeiters und dessen Familienangehörigen bestimmt. Dazu gehören vor allem die Kosten für die zum Überleben notwendigen Nahrungsmittel und die dem Schutzbedürfnis des Menschen dienende Bekleidung und Unterkunft. In die Reproduktionskosten fließen aber auch die Kosten für die Bildung und die Erziehung des Arbeiters und seiner Familie ein.

Aus der Definition des Wertes der Ware Arbeitskraft kann gefolgert werden, daß die Arbeitskraft keine konstante Größe ist, da die Kosten der Lebenshaltung zeitlich und räumlich variieren können. Bezogen auf die Kaufkraft unterscheiden sich z.B. die Kosten für die Nahrungsmittel vor 100 Jahren von denen im heutigen 21. Jahrhundert. Vergleichbar mit zeitlichen Unterschieden in der Höhe der Reproduktionskosten können auch räumliche Differenzen in den Reproduktionskosten Schwankungen im Wert der Arbeit begründen.

Zudem variieren auch die Kosten für die Bildung der Arbeiter und deren Familien, für kulturelle Bedürfnisse, etc. Der Umfang der geistigen, existentiell nicht notwendigen Bedürfnisse der Lohnarbeiter ist in erster Linie Ausdruck der Klassenauseinandersetzungen und letztendlich ein historisches Produkt.

Steigende Kosten für Nahrung, Bekleidung, etc. lassen den Wert der Arbeitskraft steigen, während analog der Wert der Arbeitskraft bei sinkenden Lebenshaltungskosten fällt. Beeinflußt wird der Wert der Arbeitskraft zusätzlich durch steigende und fallende Produktivitäten, denn steigende Produktivitäten durch technologischen Fortschritt (z.B. in der Lebensmittel- und Textilindustrie) bedingen ein Absinken der Lebenshaltungskosten und daraus resultierend einen geringeren Wert der Arbeitskraft.

Neben ihrem (Tausch-)Wert besitzt die Ware Arbeitskraft einen Gebrauchswert, denn - und dieses ist die Voraussetzung - die Arbeitskraft ist nützlich (vergl. KI-Newsletter vom 1.4.2010) indem sie neue Waren herstellen kann. Die Arbeitskraft realisiert ihren Gebrauchswert im Besitz und unter dem Kommando des Kapitals. Der spezifische Gebrauchswert der Ware Arbeitskraft besteht also in ihrer Eigenschaft, Werte zu schaffen, die größer sind als die Arbeitskraft selbst.

Und eben hier liegt auch der Grund, warum auch unter der Beibehaltung des Äquivalententausches, d.h. des

Tausches der Ware Arbeitskraft mit einem äquivalenten Wert, die Ware Arbeitskraft im Kapitalismus

ausgebeutet werden kann:

Oben definierten wir den Wert und den Gebrauchswert der Ware Arbeitskraft. Wir stellten u.a. fest, dass die Äquivalentbeziehung zwischen "Arbeitskraft" und "Lohn" durch die Kampfbedingungen und den Kräfteverhältnissen zwischen Gewerkschaften einerseits und Kapitalistenverbänden andererseits beeinflusst wird. Unter der Annahme, daß zwischen beiden Interessensgruppen ein zum Wert der Arbeitskraft äquivalenter Lohn ausgehandelt wurde, wird die Lohnarbeit dennoch ausgebeutet. Hintergrund der Ausbeutung ist der Umstand, daß die Lohnarbeit die Eigenschaft hat,

"Quelle von Wert zu sein, und zwar von mehr Wert als sie selbst ist." (Karl Marx, Das Kapital, I. Band, S. 202)

Die Differenz zwischen dem Wert der Arbeitskraft und dem Ergebnis ihres Gebrauchs, der lebendigen Arbeit als Quelle von Wert, ist der Mehrwert. Er errechnet sich aus der Differenz des Tageswerts der Arbeitskraft und des Wertes des an einem Arbeitstag geschaffenen Produktes. Der Kapitalist zahlt dem Proletarier, wie wir gesehen haben, den Wert seiner Arbeitskraft (= den Tauschwert) in äquivalenten Löhnen. Der Gebrauchswert der Ware Arbeitskraft (d.h. konkrete Arbeit) umfaßt gegenüber dem Tauschwert der Ware Arbeitskraft einen nominell höheren Wert, den sich der Kapitalist in Form des Mehrwertes aneignet:

"Diese Wertdifferenz hatte der Kapitalist im Auge, als er die Arbeitskraft kaufte."

(Karl Marx, Das Kapital, I. Band, S. 208)

und sie sich als Mehrwert unentgeltlich aneignet, da das Produkt der Arbeit

"... Eigentum des Kapitalisten .." ist und

... nicht des unmittelbaren Produzenten." (Karl Marx, Das Kapital, I. Band, S. 208)

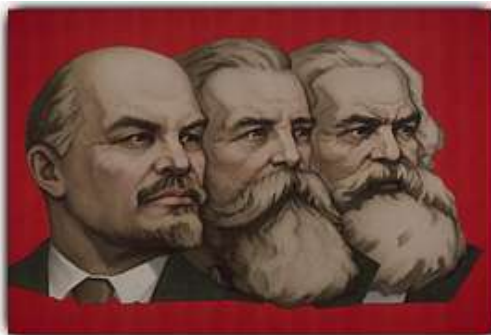
Neben den bereits zitierten Textstellen werden noch folgende Kapitel aus der Primärliteratur empfohlen:

1. Karl Marx, Das Kapital, I. Band, S. 181-191

2. Karl Marx, Das Kapital, I. Band, S. 331-335

Hinweise, Anmerkungen und/oder Kommentar zum Text bitte an die AG unter bildung@kommunistische-initiative.de

AG Bildung



ABC DES MARXISMUS-LENINISMUS

„Dogmatismus“, „Eigentum“, „Erkenntnis“- so lauten die diesmaligen Kapitel im „ABC des Marxismus-Leninismus“, formuliert durch unseren Genossen Georg Dorn – danke!

Die genannten und weitere Artikel findest Du hier:

[ABC des Marxismus-Leninismus](#)



D WIE DOGMATISMUS

Der Sieg der Konterrevolution über den europäischen Sozialismus zu Beginn der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts hatte nicht nur verheerende Auswirkungen hinsichtlich der Zerstörung sozialistischer Volkswirtschaften und dem damit verbundenen sozialen Absturz der in der sozialistischen Staatengemeinschaft lebenden Völker und Nationen, sondern schlug zugleich tiefe Wunden in die kommunistische Weltbewegung. Eine solche gibt es heute nicht mehr, aber es gibt noch tausende Kommunisten. Diese kommunistische Weltbewegung auf dem festen Fundament des Marxismus-Leninismus neu aufzubauen, ist ein dringendes politisches Erfordernis, um die Arbeiterklasse und die werktätigen Volksmassen in ihrem Klassenkampf gegen entfesselten

Imperialismus, gegen brutalste Ausbeutung und gegen Krieg und Krise zu mobilisieren und zu führen. Das ist zunächst und zuerst Aufgabe der Kommunisten in ihren einzelnen Ländern.

Wie widersprüchlich und schwer das ist, erleben wir in unserem Land. Die organisierte deutsche Arbeiterbewegung ist zersplittert wie nie zuvor in ihrer bisherigen Geschichte. Sogenannter „Pluralismus“ führte zur Beliebigkeit. Kommunistische Parteien und Gruppierungen streiten miteinander und werfen sich gegenseitig Opportunismus oder Revisionismus, Dogmatismus oder Sektierertum, Reformismus oder Radikalismus vor. Und das im Geburtsland von Karl Marx und Friedrich Engels! Umso bedeutsamer ist unser Anspruch der Kommunistischen Initiative, diese politische Zerrissenheit zu überwinden und die Kommunisten – gleich, aus welcher Partei sie kommen oder ob sie keiner Partei angehören – zu einem einheitlichen Strom auf dem ideologischen Fundament des Marxismus-Leninismus zusammen zu führen. Das verlangt auch, sich über alle jene Erscheinungen Klarheit zu verschaffen, wie sie in vorgenannten Begriffen bezeichnet sind, um sie zu überwinden. Unsere ABC-Reihe wird dazu ihren Beitrag leisten.

Zum Dogmatismus-Begriff

[...] In der Geschichte der Arbeiterbewegung wird unter Dogmatismus eine spezifische Form der ideologischen Abweichung vom Marxismus-Leninismus verstanden. Dogmatiker gehen mit dem Marxismus-Leninismus als Buchstabengelehrte um. Sie reißen einzelne Thesen des Marxismus-Leninismus aus ihrem Zusammenhang, gebrauchen sie völlig unhistorisch als ewig gültige Wahrheiten ohne deren revolutionären Geist zu verstehen, der eben gerade darin besteht, den Marxismus-Leninismus auf die sich ständig wandelnden gesellschaftlichen Bedingungen schöpferisch anzuwenden. Sie verstehen sich als Marxisten reinen Geistes und damit als Gegensatz zum Revisionismus in der marxistischen Bewegung. In Wirklichkeit werden sie damit zu einer spezifischen Spielart des Revisionismus, der politisch zum Sektierertum tendiert, was wiederum die Gefahr ultralinken und pseudorevolutionärer Aktionen im praktischen politischen Kampf auslöst. Dogmatismus in der praktischen Politik führt zu subjektivistischen Entscheidungen, die – sofern sie die politische Führung von Parteien erfasst – die Einheit und Geschlossenheit der kommunistischen Bewegung schwächt und damit ihre Parteien von der Masse der Arbeiterklasse und der Werktätigen isoliert. Dogmatiker geben also vor, standhafte Marxisten-Leninisten zu sein, entstellen damit aber den Marxismus-Leninismus. [...]

Wirkungen des Dogmatismus in der politischen Systemauseinandersetzung

[...] Auf Beschluss des Politbüros des ZK der SED war eine große Redaktionsgruppe aller führenden Gesellschaftswissenschaftler der DDR gebildet worden. Ihr gehörten Philosophen, Ökonomen, Historiker, Soziologen aller gesellschaftswissenschaftlichen Einrichtungen, darunter auch der entsprechenden Fakultäten der Universitäten, an, dazu weiterhin erfahrene Werkleiter volkseigener Betriebe, Kombinatdirektoren und Vorsitzende leistungsstarker landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften. Die Aufgabe bestand darin, ein Standardwerk über die spezifische Gestaltung sozialistischer Volkswirtschaft unter Berücksichtigung der objektiven ökonomischen Gesetze (stetige Steigerung der Arbeitsproduktivität, planmäßige und proportionale Entwicklung der Volkswirtschaft u.a.) und der ständigen politischen und ökonomischen Auseinandersetzung mit dem Imperialismus zu erarbeiten. Das Gesamtvorhaben stand unter persönlicher Leitung von Walter Ulbricht. In mehreren Klausurtagungen waren der Aufbau dieses Werkes und seine inhaltlichen Aussagen kollektiv beraten worden. Im Sommer 1970 lag das Buch vor. Es stand unter dem Titel „Das neue ökonomische System des Sozialismus“. Beachtlich war dabei vor allem, dass die Lehren aus den bisher sehr widersprüchlichen Erfahrungen des eigenen und anderer sozialistischer Länder bei der Entwicklung ihrer Volkswirtschaften und des Funktionierens des RGW wissenschaftlich verarbeitet und weiterführende Schlussfolgerungen abgeleitet waren, die mit manchen bisherigen Tabus sozialistischer ökonomischer Politik brachen.. Das Buch war bereits in einer großen Auflage gedruckt und sollte ab Herbst 1970 so weitgehend wie möglich in den verschiedenen Formen der politischen Bildung eingesetzt werden.

Nach dem Statut des RGW bedurfte die Freigabe dieser Publikation aber der Genehmigung durch das Politbüro des ZK der KPdSU. Die erfolgte nicht nur nicht, sondern die gesamte Arbeit wurde verrissen. Die Gesamtauflage des Buches wurde nie ausgeliefert, sondern eingestampft. Ich weiß, dass das die Ökonomen der DDR sehr betroffen gemacht hat. Und aus den (zwar begrenzten) Einsichten, die ich in Teile des Inhalts dieses Buches hatte, war diese Betroffenheit sehr berechtigt. Hier waren Vorschläge und Ideen erarbeitet worden, die bei Umsetzung zu einer weitaus effizienteren sozialistischen Volkswirtschaft hätten führen können. Die starre Bindung an das sowjetische Modell sozialistischen Aufbaus und besonders an den RGW waren historisch zwar verständlich und aus der heftig zugespitzten Systemauseinandersetzung auch mehr oder weniger zwangsläufig, in gewissem Sinn auch Ausdruck internationalistischer Solidarität zwischen Partnern gleicher oder ähnlicher Gesellschaftskonzeption. Aber diese Partner waren so außerordentlich unterschiedlich hinsichtlich ihrer historischen Erfahrungen und insbes. hinsichtlich ihrer ökonomischen Potenzen, dass diese Starre sich letztlich als empfindlicher Hemmschuh auswirkte. [...]



E WIE EIGENTUM/EIGENTUMSVERHÄLTNIS

Nehmen wir mal an, du kaufst dir ein Grundstück und wirst damit Eigentümer. Dann ist das eine Frage des Rechts. Das Eigentumsrecht gewährt dir die Besitzbefugnis, die Verfügungsbefugnis und die Nutzungsbefugnis, die in ihren Inhalten gesetzlich genau umrissen sind. Zugleich legt das Eigentümerrecht die Verpflichtung aller anderen fest, diese Befugnisse zu respektieren und alles zu unterlassen, was dich in diesen Befugnissen einschränkt. Dein im Grundbuch eingetragener juristischer Eigentumstitel deckt sich aber nicht unbedingt mit deiner Eigentümerstellung. Nehmen wir an, du musstest zum Kauf eine Hypothek aufnehmen, die ebenso im Grundbuch eingetragen ist. Dann bist du nur scheinbar Eigentümer, denn dann gehört das Grundstück deinen Gläubigern, die dir die Hypothek ermöglichten. Das beeinflusst zunächst nicht deine Befugnisse, aber deinen Eigentümerstatus. Das alles ist – wie bereits angedeutet – eine reine Rechtsfrage. In unserem Thema geht es aber nicht um Rechtstitel, sondern um eine spezifische Form gesellschaftlicher Zusammenhänge. (vgl. Dialektik des Zusammenhangs) Unter diesem Aspekt müssen wir die Eigentumsfrage genauer untersuchen.

Eigentum – ein gesellschaftliches Verhältnis

[...] Als **gesellschaftliches Verhältnis** entstand Eigentum erst mit dem Aufstieg der für die bloße Erhaltung und Fortpflanzung arbeitenden Menschen aus der Urgesellschaft in die Sklavenhalterordnung. Von entscheidender Bedeutung wurde dabei die Fähigkeit der Menschen, in ihrem Stoffwechsel mit der Natur allmählich ein Mehrprodukt erzeugen zu können, das nunmehr (privat) angeeignet werden konnte, was wiederum veränderte soziale Beziehungen zwischen den Menschengruppen innerhalb von Horden, Sippen, Familien, Stämmen erzeugte. Diese Jahrtausende umfassenden Prozesse und ihre Übergänge von einer Gesellschaftsordnung in die andere und die sich dabei vollziehenden Veränderungen der Eigentumsverhältnisse genauer zu untersuchen, kann hier nicht erfolgen. Das wäre Gegenstand einer sehr differenzierten Geschichtsbetrachtung, zumal sich diese Veränderungen der Eigentums- und damit Produktionsverhältnisse auf den verschiedenen Kontinenten sehr unterschiedlich und zudem noch zu unterschiedlichen historischen Zeiträumen vollzogen und immer noch vollziehen. Eins ist aber allen vorsozialistischen Gesellschaftsordnungen (mit Ausnahme der Urgesellschaft) gemeinsam: das vorherrschende und bestimmende Privateigentum an den Produktionsmitteln in unterschiedlichen Formen, für bestimmte historische Epochen auch Eigentum an den produzierenden Individuen (Sklavenhalterordnung, abgewandelt auch in der Feudalordnung), und die davon abhängige Ausbeutung des Menschen durch den Menschen in ebenso unterschiedlichen Formen. (vgl. Ausbeutung) Staatseigentum ist in diesen Gesellschaftsordnungen im wesentlichen auf die öffentliche Daseinsvorsorge beschränkt (soweit es die überhaupt gibt) d.h. auf gesellschaftliche Bereiche, die materielle Aufwendungen fordern, aber keine Profite versprechen.

Wenn die historisch gewachsenen Eigentumsverhältnisse in der Gesamtgeschichte der Menschheit von so gravierender Bedeutung waren und sind, kann eine Veränderung aller gesellschaftlichen Verhältnisse, insbes. die Überwindung der Ausbeutung, nur durch eine ebenso gravierende Veränderung der Eigentumsverhältnisse erfolgen. Wie könnte oder sollte das bewirkt werden und welche Erfahrungen hat der bisherige Sozialismus dazu überliefert?

Erfahrungen zur Entstehung und Entwicklung sozialistischen Eigentums und sozialistischer Eigentumsverhältnisse

Ich möchte vorweg bemerken, dass ich hier meine persönlichen Auffassungen formuliere, die sich allerdings auf meine Erfahrungen in 40 Jahren Geschichte der DDR stützen und die ich zur kritischen Prüfung und Diskussion stelle. Ich erinnere mich noch sehr genau der chaotischen Situation, wie sie am Ende des 2. Weltkrieges in Deutschland herrschte. Überlebensfragen standen vor allen Menschen und die Frage nach den Ursachen für die selbst verschuldete nationale Katastrophe suchte Antworten. In den sich neu formierenden demokratischen Parteien und Organisationen setzte sich sehr bald die Erkenntnis von der Kriegsschuld und Verantwortung des deutschen Monopolkapitals durch. Hinzu kam, dass die Siegermächte der Antihitlerkoalition im Potsdamer Abkommen ausdrücklich die „Entflechtung“ der übermäßigen Konzentration der Produktion in Konzernen festlegten. Natürlich waren die Motive zu dieser Festlegung sehr unterschiedlich. Ging es der Sowjetunion tatsächlich um eine Zerschlagung der deutschen Rüstungsindustrie, wollten die Westmächte auf diese Weise die lästige Konkurrenz des Deutschen Imperialismus auf den Weltmärkten bändigen. [...]



E WIE ERKENNTNISTHEORIE/ERKENNBARKEIT DER WELT

„15. Und Gott der Herr nahm den Menschen, und setzte ihn in den Garten Eden, daß er ihn bauete und bewahrete

16. Und Gott der Herr gebot dem Menschen, und sprach: Du sollst essen von allerlei Bäumen im Garten;

17. Aber von dem Baum des Erkenntnisses Gutes und Böses sollst du nicht essen. Denn welches Tages du davon issest, wirst du des Todes sterben.“

(Die Bibel, Bibliographisches Institut Hildburghausen, 1833, 1. Buch Mose, Cap. 2)

Die Bibel berichtet dann im Cap. 3, wie Eva, verführt durch den Teufel in Gestalt der Schlange, einen Apfel vom Baum der Erkenntnis verspeiste, dazu auch Adam verleitete, beide sich deshalb ihrer Nacktheit bewusst und schließlich von Gott zur Rede gestellt wurden:

„17. Und zu Adam sprach er: Dieweil du hast gehorchet der Stimme deines Weibes, und gessen von dem Baum, davon ich dir gebot, und sprach: Du sollst nicht davon essen: verflucht sei der Acker um deinetwillen, mit Kummer sollst du dich drauf nähren dein Lebenlang.

18. Dorn und Disteln soll er dir tragen, und sollst das Kraut auf dem Felde essen.

19. Im Schweiß deines Angesichts sollst du dein Brod essen, bis daß du wieder zur Erde werdest, davon du genommen bist. Denn du bist Erde und sollst zur Erde werden.“ (a.a.O. Cap. 3)

Welch ein rachsüchtiger Gott, von dem an anderer Stelle in der gleichen Bibel behauptet wird, dass er allwissend, allgegenwärtig und von großer Liebe und Güte sei. Er verzieh dem Menschen nicht, vom „Baum der Erkenntnis“ gegessen zu haben. Nein, der Mensch sollte keine Erkenntnis haben, er soll nicht wissen, wie die Welt zusammenhängt und welche Gesetzmäßigkeiten in ihr wirken. Diese Legende kommt übrigens nicht nur in der christlichen Religion, sondern in modifizierten Aussagen auch in anderen Religionen vor. Kein Wunder, dass dieses agnostische Dogma in allen Epochen von den herrschenden Ausbeuterklassen entschieden verteidigt wurde. Der Ausgebeutete soll nicht die Hintergründe seiner Ausbeutung erkennen, weil er dann nicht mehr ausbeutbar und beherrschbar wäre. Wir wollen aber wissen.....

Was ist Erkenntnis?

Beginnen wir damit, eine einfache Formel für Erkenntnis zu finden. Laut Philosophischem Wörterbuch (Bibliographisches Institut Leipzig, 1971, Band 1, S. 315) ist Erkenntnis **„P r o z e s s u n d R e s u l t a t d e r s i n n l i c h e n u n d r a t i o n a l e n W i d e r s p i e g e l u n g d e r o b j e k t i v e n R e a l i t ä t i m m e n s c h l i c h e n B e w u s t s e i n“** (vgl. Bewusstsein) Diese Definition setzt eine konsequent materialistische Beantwortung der Grundfrage der Philosophie voraus und schließt in diesem Sinne die Auffassung ein, dass die Welt erkennbar ist. (vgl. Grundfrage der Philosophie) Damit wird zugleich deutlich, dass die Frage nach dem Gegenstand der Erkenntnis und die Frage nach der Erkennbarkeit der Welt untrennbarer Bestandteil der weltanschaulichen Auseinandersetzung zwischen philosophischem Materialismus und Idealismus ist. (vgl. Idealismus, Materialismus) Wenn ich vom Primat eines ideellen oder weltgeistlichen Prinzips – welcher Art auch immer – ausgehe, muss ich Erkenntnis von ihm abhängig machen, was hieße, Erkenntnissschranken zu setzen, oder die Erkennbarkeit der Welt und damit die Erkenntnis überhaupt anzuzweifeln. Die letztere Auffassung wird auch als Agnostizismus (griech.: a = nicht, gnosis = Wissen) bezeichnet und entspricht im allgemeinen der subjektiv idealistischen Philosophie: Ich weiß, dass ich nichts weiß. So agnostisch an die Welt heranzugehen, müsste - konsequent zu Ende gedacht - bis zum Zweifel an der Existenz des eigenen Ich führen. Dieser Erkenntnis pessimismus kann nicht Gegenstand ernst zu nehmender wissenschaftlicher und erkenntnistheoretischer Betrachtungen sein. [...]

Georg sucht weiterhin MITSTREITER für die Erstellung des ABC – Bitte melde dich unter kontakt@kommunistische-initiative.de .

DISKUSSION ZU SARAH WAGENKNECHT, KPF, DIE LINKE

Im Newsletter vom 15.Mai 2010 druckten wir eine deutliche Kritik von Petra zum tagesschau-Videochat (noch immer zu sehen unter [tagesschau-chatprotokoll-Wagenknecht](#)) ab. Petra rief „alle ehrlichen Kommunisten der Kommunistischen Plattform der Partei "Die Linke" auf, sich endlich von der sozialdemokratischen Partei "Die Linke" zu trennen und sich damit von den Aussagen Sahra Wagenknechts in ihrem Tagesschau-Interview klar zu distanzieren und sich wirklichen Kommunisten anzuschließen [...].“ Dem widersprach Georg vehement; die sich daraus entwickelnde Diskussion zwischen Petra und Georg zu Sarah W., der Kommunistischen Plattform, zur SED und jetzigen Partei DIE LINKE dokumentieren wir im Folgenden:

Georg: Liebe Genossen, ich möchte mich entschieden gegen die Veröffentlichung des Briefes der Genossin Petra zum Interview mit Sarah Wagenknecht aussprechen. Das kann nicht unser Stil sein. Der Genossin Petra

kann doch nicht entgangen sein, dass jede Frage der Interviewerin einen provokanten Hintergrund hatte und mit dem Ziel gestellt wurde, einen Aufhänger für einen massiven antikommunistischen Eklat zu schaffen. Genau diesen Gefallen hat die Interviewte nicht getan, sondern sie ‚unverbildlich‘ ins Leere laufen lassen. Deshalb hat es einen guten Grund, warum die Junge Welt diesen Brief eben nicht veröffentlicht hatte. Auch ich hätte manche Vorbehalte gegen Aussagen von Sarah, besonders jene, die die DDR betreffen. Und ich hätte mir schon gewünscht, dass sie da klassenmäßigere Positionen bezogen hätte. Das sollten wir mit ihr direkt ausdiskutieren, aber nicht über den ‚öffentlichen‘ Weg. [...]

Mit roten Grüßen, Georg Dorn

Petra: Lieber Genosse Georg Dorn, Du hast Dich entschieden gegen meine Meinung zu Sarah Wagenknecht und ihrem letzten Interview ausgesprochen. Mitunter ist es sehr schwer und bitter zu einer derartigen Einschätzung zu gelangen. Ich kann Deine Wut und Empörung nachvollziehen, denn ich gehe davon aus, daß Du Deine Hoffnung in Sarah Wagenknecht noch nicht begraben hast. Lange Zeit habe auch ich immer wieder Zugeständnisse gemacht, bis ich merkte, daß diese von meiner Hoffnung, meinem Wunschdenken, getragen waren.

Ich selbst hatte bis vor nicht allzu langer Zeit stets die Hoffnung gehegt, Sarah Wagenknecht würde sich ihrer Verantwortung an der Spitze der kommunistischen Plattform der sozialdemokratischen Partei "Die Linke" bewußt und ihrerseits Konsequenzen ziehen. Seit diese Partei, noch als PDS, jetzt als "Die Linke", in diesem menschenverachtenden System angekommen ist, sich gemütlich in ihren Abgeordnetenstühlen zurücklehnt und nur noch einen sozialen Staat einrichten will, ohne sich von der Marktwirtschaft lösen zu wollen, spätestens seitdem hat in einer solchen Partei eine wirklich kommunistische Plattform nichts mehr verloren. Eine klare Trennung hätte meines Erachtens erfolgen müssen. Diese Trennung blieb aus. Stattdessen beobachtete ich immer mehr Zugeständnisse seitens Sarah Wagenknecht an ihre sozialdemokratische Parteiführung, Zugeständnisse, die in dieser Form für sie als sich selbst bezeichnende Kommunistin inakzeptabel hätten sein müssen.

Um für den Parteivorsitz als Stellvertreterin kandidieren zu können, mußte sie sich, so eine Forderung, von der kommunistischen Plattform lösen. Das tat sie. Schon das war m. E. einer Kommunistin unwürdig. In dem Interview stellte die Interviewerin konkrete Fragen, auf deren Beantwortung sie permanent zurecht bestand. Sarah Wagenknecht wich immer wieder aus, ging auf kaum eine Frage konkret ein, sie wollte wohl mit ihren Antworten nicht nur eine Tür, sondern gleich mehrere offenlassen. Das war das erste mir bekannte Interview, in dem Sarah Wagenknecht nicht einmal ansatzweise souverän auftrat.

Wenn sie zu einer klaren Position in einem solchen Interview nicht willig oder fähig ist, darf sie ein solches Interview nicht annehmen.

Sie verteidigte die Bemühungen der Partei "Die Linke", diesen Staat in dieser Form lediglich sozialer gestalten ohne ihn abzuschaffen zu wollen. Sie distanzierte sich klar von der DDR. Auf die Frage, was sie als Kommunistin ausmache, fand sie keine einzige schlüssige Antwort, stattdessen wich sie auch hier unaufhörlich aus. Ganz offensichtlich war sie im Zwiespalt zwischen einerseits einem gutdotierten Posten innerhalb der Partei "Die Linke", auch hinsichtlich der Wahlen in NRW, wo sie selbst als Spitzenkandidatin nominiert war und ihrer angeblichen kommunistischen Position, die zu haben sie jahrelang öffentlich verbal bekundete, jetzt aber im Interesse dieser Partei nicht mehr haben darf. Damit hat sie ihre vermeintlich kommunistische Position gegen ein politisches Mandat in diesem Staat eingetauscht und damit alle Genossen der kommunistischen Plattform vor den Kopf gestoßen.

Das, lieber Genosse Georg, ist zurecht bitter, aber dennoch nicht von der Hand zu weisen.

Venceremos, Petra [...]

Georg: Liebe Genossin Petra, um es erst mal vorweg zu sagen: Ich habe nicht aus Wut oder Empörung geschrieben, sondern eigentlich aus Sorge um die Verwirklichung unseres Anliegens in der KI. Ich will versuchen, es zu erklären:

Ich habe im Frühjahr 1946 – soeben aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft entlassen – den schwierigen Prozess der Auseinandersetzung um die Vereinigung von SPD und KPD zur SED in meiner Heimatstadt Dresden erlebt. Ich habe manche Funktion in der Partei ausgeübt und es war wohl eine der schwersten Entscheidungen, nach 55 Jahren aus der inzwischen PDS gewordenen Partei auszutreten. Ich war und bin noch Mitglied der Kommunistischen Plattform (in der inzwischen Linkspartei, ohne Parteimitgliedschaft) seit ihrer Gründung. Jetzt bin ich Mitglied der DKP. Ich habe also recht viel an politischer Auseinandersetzung in der Partei erlebt und manche Funktion ausgeübt. Ich habe bereits vor mindestens 10 Jahren die Frage nach dem Platz der KPF in der Partei gestellt. Es gab darum viel Diskussion. Damals lebte noch der Genosse Prof. Michael Benjamin, gewissermaßen die ideologische Seele der KPF. Er hat damals recht überzeugend die Position des notwendigen Verbleibens in der damaligen PDS vertreten. Sein Hauptargument: Wo landet die Partei, wenn wir sie verlassen? Man hat mir später recht übel genommen, dass ich aus der PDS austrat und mir die Frage gestellt, was ich denn von außerhalb der Partei bewegen wolle. Kurz und gut: Ich stimmte damals dem Verbleib der KPF in der Partei zu, wobei allerdings das Problem nie ganz aus meinem Kopf verschwand. Heute sind die Bedingungen in dieser Linkspartei ganz anders und stellt sich die Frage nach dem Platz der KPF auch anders. Alles, was ich von ihr höre oder lese, deutet darauf hin, dass sie in der Auseinandersetzung um ein neues Programm der Linkspartei hart um die Durchsetzung marxistisch-leninistischer Positionen kämpft. Und ich weiß von vielen Genossen, die aus meiner ehemaligen Basis stammen, dass die Standpunkte der KPF sehr viele Befürworter in der Basis haben. Ihre Rolle als „Feigenblatt“ zu definieren ist mir zu oberflächlich; ob Verbleib oder Ausscheiden der KPF in bzw. aus der Linkspartei ist unbestreitbar eine äußerst widerspruchsvolle Frage, die nicht einfach mit Ja oder Nein beantwortet werden kann. Ihre Entscheidung, die mir und uns allen von außen nicht zusteht(en), erst einmal zu akzeptieren (auch wenn ich (wir) anderer Meinung bin(sind)), sollte zumindest legitim sein.

Hier beginnt nun auch mein Problem: Man kann diese sehr schwierige Frage unter den komplizierten Bedingungen nicht an einer Person festmachen. Das mag uns gefallen oder nicht, Sahra Wagenknecht ist heute die präsenteste Sprecherin der KPF, selbst nach ihrem Ausscheiden aus dem Sprecherrat der KPF, die sie nicht allein, sondern gemeinsam mit dem gesamten Sprecherrat getroffen hat, offensichtlich aus taktischen Gründen (vor dem Wahlparteitag). Auch darüber gibt es selbst in der KPF sehr unterschiedliche Auffassungen. Du richtest nun einen „Aufruf... an alle ehrliche Kommunisten der KPF“. Damit unterstellst Du verbal und völlig unbewiesen, dass es in der KPF ehrliche und unehrliche Kommunisten gibt. Später verwendest Du den Begriff „wirkliche Kommunisten“. Ja, wer sind denn nun die „ehrlichen“ und die „wirklichen“ Kommunisten? Wer soll das entscheiden und nach welchen Kriterien? Nur vordergründige Schelte, kein einziges beweiskräftiges und stichhaltiges Sachargument. Später schwingst Du Dich zu der „Forderung“ auf, sie solle „sich nie wieder als Kommunistin bezeichnen“. Wer soll denn eine solche „Forderung“ wie durchsetzen? Du? Die KI? Die „ehrlichen Kommunisten“ der KPF? Aus gutem Grund hat die Junge Welt Deinen Aufruf nicht abgedruckt. Die würde damit ja ihren guten Ruf als eine der besten Tageszeitungen des Landes aufs Spiel setzen. Ich halte es deshalb auch für falsch, dass Dein subjektiver „Aufruf“ in den Newsletter der KI aufgenommen wurde, denn damit wurde er zu einem „Aufruf“ der KI als sich organisierende Bewegung, die die Kommunisten der verschiedensten Richtungen auf marxistisch-leninistischer Grundlage sammeln und zu einer Partei einigen will. Ich behaupte, dass man so unser Ziel nicht erreichen kann, sondern genau das Gegenteil bewirkt.

Damit es nun kein Missverständnis gibt: Ich habe auch meine Probleme mit dem Interview, bzw. mit der Herumeierei in diesem Interview. Ich habe es mir deshalb sehr aufmerksam und bewusst noch einmal angeschaut bzw. angehört. Es stimmt, es ist das Oberflächlichste, was ich von Sahra je gehört habe. Ich gebe Dir aber trotzdem einen guten Rat: Erinnerst Du Dich noch? Nach der Wahl in Hessen stellte sich die Genn. Christel Wegner unbedacht einem Fernsehinterview (obwohl ihr ihre eigenen Genossen dringend davon abgeraten hatten) und ging prompt in die ihr gestellte „Stasi“-Falle. Das war für die Medienmeute das gefundene Fressen und es bedurfte sehr viel Kraft, das öffentlich wieder auszubügeln. Und nun nimm Dir mal die Einzelfragen des Interviews mit Sahra vor, analysiere mal diese Fragen, spüre ihnen mal hinterher, was diese Fragen bezwecken sollten? Vielleicht bekommst Du ein Gefühl dafür, warum Sahra da so vorsichtig herumeiern musste, was ihr nicht immer gut gelang. Aber wir alle können hinterher weise Sprüche über ihre Antworten loslassen. Wir standen ja nicht in dieser Situation. Hinterher sind alle klüger.

Liebe Genossin Petra, ich hoffe jetzt sehr, dass Du meine Bemerkungen nicht als meine Schelte an Dich verstehst. Wir müssen voneinander lernen. Für den Rest meines Lebens gibt es nur noch ein politisches Ziel, **e i n e e i n h e i t l i c h e** Kommunistische Partei mit einem marxistisch-leninistischen Programm, willens und fähig, die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen im revolutionären Kampf gegen dieses verfluchte kapitalistische System zu führen. Nur deshalb und nur dazu arbeite ich in der KI mit. Und deshalb tut mir jeder Fehler weh, den wir machen.

Ich verbleibe mit roten Grüßen, Dein Genosse Georg Dorn

hier weiterlesen: www.kommunistische-initiative.de



KATYN

Katyn und kein Ende. Nachdem Goebbels das Thema, den angeblichen Mord an polnischen Offizieren durch Kräfte der Sowjetunion, 1943 zur Propaganda gegen die vorrückende Rote Armee präparierte, wurde es immer wieder neu aus dem Jauchekübel gezogen, um in einer quasi Kronzeugen-Funktion in Stellung gebracht zu werden gegen die Sowjetunion, „den Kommunismus“, Stalin. In ihrem Bericht verwies die sowjetische Sonderkommission zum Verbrechen von Katyn 1944 darauf, dass die Nazis sich neben logischen Brüchen in ihrer Beweisführung auf Zeugenaussagen stützten, die sie unter Androhung von Gewalt erzwungen hatten.

Nichtsdestotrotz beeilten sich die Gorbatschow, Jelzin & Co. Jahrzehnte später, dem Westen das zu liefern, was er benötigte als einen weiteren „Beweis“ zur Delegitimierung des Sozialismus. Doch egal, wie fragwürdig die „Dokumente“ waren, die anschließend zwischen Moskau, Warschau und westlichen Hauptstädten kursierten – sie erfüllten ihre Funktion und erfüllen sie noch heute. Ein Beleg:

*Der polnische Regisseur Andrzej Wajda wird die Staatsprämie der Russischen Föderation für seinen Film „Das Massaker von Katyn“ bekommen, berichtete die Onlinezeitung „GZT.ru“ Anfang Juni. Natalia Lebedewa vom Institut für Allgemeine Geschichte der russischen Akademie der Wissenschaften half Wajda, das Material für den Film zu sammeln. Wie Lebedewa betonte, ist das Massaker von Katyn viel wichtiger für Russland als für Polen. „Für die Polen ist das Vergangenheit und Erinnerung. **Für uns handelt es sich um die Wahl der Zukunft**, wo sich unter keinen Umständen so eine Tragödie wiederholen soll.“ (Quelle: german.ruvr.ru). Cui bono - **Wem nutzt Katyn?***

Es folgen zwei interessante Beiträge, die demnächst ihre Ergänzung finden werden. Vorerst sei als weiterführende Literatur verwiesen auf den „Bericht der sowjetischen Sonderkommission zum Verbrechen von Katyn“, abgedruckt in Offensiv 04/10 (s. Literaturempfehlungen).

KATYN - FAKTEN UND LÜGEN¹

Während der polnischen Intervention gegen Sowjetrußland besetzten die Armee Pilsudskis zeitweise große Teile der Ukraine und im Westen Rußlands. In der Gegenoffensive der Roten Armee gelangte diese bis in die Nähe von Warschau, wurde aber durch Fehler auf russischer Seite und durch massive Unterstützung des Westens für Pilsudski wieder zurückgeworfen. Im Frieden von Riga, der am 18. März 1921 unterzeichnet wurde, stimmte Sowjetrußland einem Waffenstillstand und Friedensvertrag zu, der Polen erhebliche Gebiete im Osten zusicherte. Die polnisch-sowjetische Grenze verlief stellenweise bis zu 250 km östlich des

geschlossenen polnischen Siedlungsgebiets. Diese okkupierten Gebiete waren ethnisch sehr heterogen, Ukrainer und Weißrussen waren in der Überzahl.

Nach Ausbruch des 2. Weltkrieges besetzte die Rote Armee diese Gebiete Ende September 1939, als der polnische Staat begann sich aufzulösen. Dabei gab es kaum militärische Handlungen – die dort vorhandenen Armeeteile ergaben sich sowjetischen Streitkräften. Ja, viele polnische Soldaten versuchten sich der Gefangennahme durch die faschistische Wehrmacht zu entziehen, indem sie nach Osten flüchteten und sich der Roten Armee ergaben. Diese Kriegsgefangenen wurden in mehreren Lagern interniert, u.a. auch in Katyn. Sie sollten bald entlassen werden. Doch im November 1939 erklärte die polnische Exilregierung in London der UdSSR den Krieg. Deswegen blieb der Kriegsgefangenenstatus erhalten und die Gefangenen wurden zum Straßenbau im Gebiet Smolensk eingesetzt. Beim Überfall des faschistischen Deutschlands auf die UdSSR am 22.6. 1941 konnte das Lager in Katyn wegen des schnellen Vordringens der faschistischen Streitkräfte nicht evakuiert werden und die Lagerinsassen gerieten in die Gewalt der faschistischen Wehrmacht.

Es war die erklärte Absicht des deutschen Faschismus, die polnischen Führungsschichten, die Intelligenz und militärischen Kräfte auszulöschen. Dies zeigte sich in vielen Kriegsverbrechen und der hohen Verluste der polnischen Zivilbevölkerung während der faschistischen Okkupation.

Deswegen wurden auch die in die Hände der Wehrmacht gefallen polnischen Kriegsgefangenen von den Deutschen erschossen. Dies stellte 1944 nach der Befreiung des Smolensker Gebiets eine internationale Untersuchungskommission aus Vertretern Großbritanniens, der USA und der UdSSR eindeutig fest. Sie stützte sich dabei auf viele Augenzeugenberichte, auf den ermittelten Todeszeitpunkt und die in den Leichen vorhandenen Projektile, die aus deutschen Waffen abgefeuert waren.

Diese Untersuchung wurde durchgeführt, da 1943 der faschistische Propagandaminister Goebbels die Lüge in Umlauf brachte, daß die Opfer von Katyn durch die Sowjetunion ermordet worden wären. Die Absicht dieser Propagandalüge bestand darin, nach der Niederlage bei Stalingrad Zwietracht zwischen den Alliierten zu säen. Das gelang jedoch nicht.

Allerdings ist mit der Tragödie von Katyn die Geschichte von Polen in der UdSSR nicht zu Ende. Aus polnischen Kriegsgefangenen anderer Lager wurden in der UdSSR militärische Einheiten gebildet. Ein Teil dieser Einheiten war unter dem Einfluß der Londoner Exilregierung. Diese Einheiten wollten nicht an der Seite der UdSSR kämpfen. In Absprache mit den Alliierten gestattete die UdSSR diesen Einheiten die Ausreise über den Fernen Osten. Diese Einheiten landeten schließlich als Kolonialtruppe im Irak. Die Mehrzahl der Polen in der UdSSR, vor allem Mannschaftsdienstgrade, wollten an der Seite der UdSSR gegen das faschistische Deutschland kämpfen. Aus diesen polnischen Patrioten wurden bis 1945 zwei polnische Armeen formiert, die an der Seite der Roten Armee kämpften. Diese Tatsachen widerlegen die Goebbelsche Lüge, die 45 Jahre lang verschwunden war, bis sie von Gorbatschow wiederbelebt wurde, um sie mit anderen Lügen zur moralischen Diskreditierung der UdSSR zu benutzen. Im Westen, vor allem in Deutschland, griff man diese Lüge begierig auf, denn dadurch wurden die Verbrechen des faschistischen Deutschlands, auf dessen Konto der Tod von 6 Millionen Polen kommt, aus dem gesellschaftlichen Bewusstsein verdrängt.

¹*Liebe Genossen, die Medien waren tagelang erfüllt vom Tod des polnischen Präsidenten Kaczynski. Dabei wurde ausführlich an die historische Tragödie von Katyn erinnert, allerdings in einer Weise, die nichts mit der geschichtlichen Wahrheit zu tun hat. Daß diese antisowjetische Lüge von den bürgerlichen Medien zelebriert wird, ist normal. Aber auch unter den Linken wird diese weitgehend akzeptiert. So habe ich zweimal der „Jungen Welt“ einen Leserbrief dazu geschrieben, der aber nie veröffentlicht wurde.*

Da ich es aber für notwendig halte, dieser besonders widerlichen Geschichtsfälschung entgegenzutreten, möchte ich Euch bitten, den folgenden Text zu veröffentlichen.

Bernd Kelly, in: Offensiv 4-10 (s. *Literaturempfehlungen*)

Pressekonferenz über die Fälschungen im Russischen Staatsarchiv: AUF DEN DOKUMENTEN DER ALLUNIONS-KP (B) WAREN KEINE STEMPEL DER KPDSU

Am 18. Juni 2010 fand in der Staatsduma der Russischen Föderation eine Pressekonferenz mit dem Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der KPRF S.N. Reschulskij und dem stellvertretenden Vorsitzenden

des Komitees der Staatsduma für Gesetzgebung und staatlichen Bau W.I. Iljuchin statt.

Wir erinnern daran, daß Wiktor Iljuchin die Arbeitsgruppe der Fraktion der KPRF zur Untersuchung der Umstände sogenannten „Katyner Sache“ in der Staatsduma leitet. Zu dieser Kommission gehören unabhängige Forscher, Wissenschaftler und ehemalige Mitarbeiter der Staatsanwaltschaft. Die Kommission hat eine umfangreiche Arbeit geleistet, deren vorläufige Ergebnisse am 19. April an dem von der Fraktion der KPRF organisierten „Runden Tisch“ in der Staatsduma vorgestellt wurde. Im Ergebnis der Untersuchungen wurde der Dokumentarfilm „Das Polnische Kreuz Rußlands“ produziert, den man auf der Website der KPRF anschauen kann. Wie Sergej Nikolajewitsch Reschulskij darlegte, streben die Abgeordneten eine erneute parlamentarische Untersuchung zu den jetzt vorliegenden Tatsachen an.

Die Teilnehmer des „Runden Tisches“ kamen zu dem Schluß, daß die früher von der russischen Staatsanwaltschaft geleitete Untersuchung der „Katyner Sache“ voreingenommen war, und die Schlußfolgerungen der Generalstaatsanwaltschaft folglich nicht den Tatsachen entsprechen. W.I. Iljuchin äußerte sich empört über die „unverschämte“ antirussische Version, welche seinerzeit von dem nicht unbekanntenen Goebbels eingeführt worden war, daß angeblich sowjetische Tschekisten die polnischen Kriegsgefangenen erschossen haben sollen, und nicht die deutschen Faschisten.

Die Expertise bewies (und diese Tatsache verneint auch die polnische Seite nicht), daß die polnischen Kriegsgefangenen mit deutschen Waffen und deutschen Geschossen erschossen wurden. Die Hände der Gefallenen waren nicht Hanfeschur gefesselt, wie das zu jener Zeit in der UdSSR üblich war, sondern mit Papierschnur, die in Deutschland hergestellt wurde. Die Leichen trugen warme Kleidung, obwohl nach der Version Goebbels und der modernen Sowjetfeinde, die Mitarbeiter des NKWD die Erschießung angeblich im Mai 1940 vornahm. Deshalb ist unsere Version wahrscheinlicher, daß die Deutschen die Erschießungen im Spätherbst 1941 durchführten. Der Ort der Erschießung in der Nähe einer Autostraße und eines Pionierlagers ist deshalb zweifelhaft, daß im friedlichen Jahr 1940 dort begonnen werden sollte, Massenerschießungen zu veranstalten. Zu verschiedener Zeit wurden aus den Gräbern etwa 6.000 Leichen exhumiert, doch die polnische Seite hält uns für schuldig am Tod von 21.700 Personen. Doch wo sind die übrigen Leichen?

Die Antisowjetisten verweisen auf eine Notiz Berijas Politbüro des ZK der Allunions-KP (B), wo er vorschlägt, die obengenannte Anzahl polnischer Kriegsgefangener zu erschießen. Aber Schriftexpertise hat ergeben, daß diese Notiz aus irgendeinem Grunde auf verschiedenen Schreibmaschinen hergestellt wurde, und daß zu jener Zeit diese Schriftführung nicht zugelassen war. Auf dem Beschluß des Politbüros gibt es weder eine Unterschrift noch ein Siegel. [...]

Quelle: kommunisten.ch

LITERATUREMPFEHLUNGEN

SARAMAGO - DER KAMPF GEHT WEITER!

Am 18. Juni verstarb der portugiesische Literatur-Nobelpreisträger José Saramago. Als aktiver Kämpfer gegen den Faschismus war er beteiligt an der Beseitigung der portugiesischen Diktatur 1974. Als Schriftsteller bezog er Position an der Seite der Arbeiterklasse seines Landes. Als Mitglied der Kommunistischen Partei Portugals mischte er sich wortgewaltig ein in die Klassenauseinandersetzungen.



Wir empfehlen heute sein Werk „*Hoffnung im Alentejo*“ von 1998. Es handelt von einer Familie portugiesischer Landarbeiter und ihrer Geschichte über drei Generationen. Arbeit, Hunger und Unterdrückung sind die Themen dieses politischen und sozialkritischen Romans, aber auch der andauernde Kampf gegen diese Missstände und Hoffnungen auf Veränderung.

Hoffnung auf Veränderung und entschiedenes Streiten dafür – dafür steht José Saramago.

**JOSÉ - A LUTA CONTINUA! –
DER KAMPF GEHT WEITER!**

Órgão Central do Partido Comunista Português
 Secretário: ...
 Preço de subscrição: ...
 24 de Junho de 2010 - 10€
 www.avante.pt
 Director: José Casanova

Proletários de todos os países (UNI-VOS!)

Avante!

Multidões nas cerimónias fúnebres do escritor comunista

Nos diversos passos da homenagem que constituiu o funeral de José Saramago, o Prémio Nobel da Literatura foi aclamado por multidões de amigos e camaradas que entenderam a mensagem da sua obra de escritor comprometido com a sua época e com as lutas travadas pelos trabalhadores da sua Pátria. O grito de Saramago, *a luta continua!* cobriu protocolos e deu a verdadeira dimensão, que perdurará, da ligação popular aos seus livros. **pag. 1 e 7**

**Saramago,
a luta continua!**

offen-siv **AUSGABE MAI-JUNI 2010**

Redaktionsnotiz.....	3
Das Elend des Kapitalismus.....	
<i>Werner Roß</i> : Die neuen Arbeitsverhältnisse – eine Irrlogik des Kapitals.....	4
<i>Reinhold Schramm</i> : Aspekte zum 'Kostenfaktor' - "Hartz IV" und Armut, soziale Ungleichheit und Gesundheit.....	8
<i>Hans Fricke</i> : Der EURO in Not.....	
Griechenland.....	15
<i>Hans Fricke</i> : Karten auf den Tisch!.....	15
<i>Kommunistische Partei Portugals</i> : PCP stimmt solidarisch mit dem griechischen Volk gegen den EU-Kredit.....	23
<i>Kommunistische Partei Griechenlands</i> : Klassenbewusste Antwort der Volksmassen.....	24
<i>Aleka Papariga, Generalsekretärin des ZK der KKE</i> : Vorschlag der KKE – Lösungen für die Krise.....	28
65. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus.....	36
<i>50 Kommunistische Parteien</i> : Gemeinsame Erklärung – Befreiung vom Faschismus.....	36
<i>Erich Buchholz</i> : Zum 65. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus und zum Potsdamer Abkommen.....	37
<i>Edith David</i> : 65-jähriges Gedenken an die Selbstbefreiung von Buchenwald.....	47
Katyn.....	53
<i>Bericht der sowjetischen Sonderkommission 1944</i> : Das Verbrechen von Katyn.....	
Literatur.....	94
<i>Wolfgang Beutin</i> : Das Erbe des deutschen Faschismus und eine Literatur-Nobelpreisträgerin - über Hertha Müller.....	94
<i>Redaktion offen-siv</i> : Erich Buchholz: Rechtsgewinne.....	111
<i>Redaktion offen-siv</i> : GEHEIM -25-jähriges Jubiläum!.....	112
Friedenbewegung.....	113
<i>Gerhard Feldbauer</i> : In der Antikriegsbewegung	

geht es um größtmögliche Bündnisbreite.....	113
<i>Frank Flegel: Was ist die Aufgabe der Kommunisten?.....</i>	118
Aus der Leser/innen-Post.....	121
<i>Gerhard Naumann: Katyn.....</i>	121
<i>H.W.: Sachlich.....</i>	122
<i>Dieter Frielinghaus:</i>	
Auf guten Willen, Veränderung u. Einsicht setzen!.....	123
<i>Bernd Kelly: Katyn - Fakten und Lügen.....</i>	124
Thälmann-Gedenkstätte.....	126
<i>Freundeskreis Ernst-Thälmann-Gedenkstätte:</i>	
Dank für die spontanen Proteste gegen den Abriss.....	

Spendenempfehlung 3,00€ - Bestellungen an: Frank Flegel, Egerweg 8, 30559 Hannover
Spendenkonto: Frank Flegel, Konto-Nr. 3090180146, Sparkasse Hannover, BLZ 250 501 80

AKTUELLES AUS UND ÜBER KUBA

RECHTZEITIG DIE WAHRHEIT WISSEN REFLEXIONEN DES COMPAÑERO FIDEL

Während ich jede einzelne meiner vorhergehenden Reflexionen schrieb, bestand in dem Maße, in dem sich beschleunigt eine Katastrophe für die Menschheit näherte, meine größte Sorge darin, die elementare Pflicht zu erfüllen, unser Volk zu informieren.

Heute bin ich ruhiger als vor 26 Tagen. Da während der kurzen Wartezeit weiterhin Dinge geschehen, kann ich die Information für die nationale und internationale öffentliche Meinung wiederholen und bereichern. Obama hat versprochen, am 2. Juli zum Viertelfinalspiel anwesend zu sein, wenn sein Land im Achtelfinale den Sieg erringen würde. Er müsste besser als jeder andere wissen, dass jene Viertelfinalspiele nicht durchgeführt werden können, da vorher schwerwiegende Dinge geschehen werden, oder zumindest sollte er es wissen. Am vergangenen Freitag, dem 25. Juni, hat eine internationale Nachrichtenagentur, die für die Genauigkeit bei den Details der von ihr herausgegebenen Informationen bekannt ist, die Erklärungen von „...dem Befehlshaber der Streitkräfte des Elitekorps der Islamischen Revolutionsgarde, General Ali Fadavi...“ veröffentlicht, bei denen er warnend darauf hinwies „...dass in dem Fall, wenn die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten die iranischen Schiffe in internationalen Hoheitsgewässern einer Inspektion unterziehen, diese daraufhin 'eine Antwort im Persischen Golf und der Meerenge von Hormuz erhalten werden'“. Die Information wurde der örtlichen iranischen Nachrichtenagentur Mehr entnommen. Gemäß der Meldung hat jene Agentur mitgeteilt: „Fadavi hat hinzugefügt, dass 'die Streitkräfte der Revolutionsgarde zum jetzigen Zeitpunkt über hunderte von Wasserfahrzeugen verfügen, die mit Raketenwerfern ausgerüstet sind'.“

Die fast zum gleichen Zeitpunkt mit dem in Granma veröffentlichten Text verfasste Information, oder vielleicht auch vorher, schien in einigen Punkten wie eine Durchschrift der Absätze der am 24. Juni verfassten Reflexion, welche in dieser Zeitung am Freitag, dem 25. veröffentlicht wurde.

Die Übereinstimmung ist auf die immer von mir bei meinen Überlegungen angewandte elementare Logik zurückzuführen. Mir war kein einziges Wort von dem bekannt, was die örtliche iranische Nachrichtenagentur veröffentlichte.

Ich hege nicht den geringsten Zweifel daran, dass, sobald die Kriegsschiffe der Vereinigten Staaten und von Israel ihre Stellungen einnehmen werden – zusammen mit den anderen in der Nähe der iranischen Küsten stationierten US- Kriegsschiffen – und versuchen werden, das erste Handelsschiff jenes Landes einer



Inspektion zu unterziehen, eine Lawine von Geschossen in beiden Richtungen ausgelöst werden wird. Das wird der exakte Augenblick sein, an dem der schreckliche Krieg beginnen wird. Es ist weder voraussehbar, wie viele Schiffe versinken werden noch welcher Flagge diese angehören werden.

Rechtzeitig die Wahrheit zu kennen ist für unser Volk das Wichtigste.

Es macht nichts, dass fast alle, man könnte sagen 99,9 Prozent oder noch mehr meiner Mitbürger, aus natürlichem Instinkt die Hoffnung bewahren und mit mir in meinem ehrlichen Wunsch, mich im Irrtum zu befinden, übereinstimmen. Ich habe mich mit Menschen von nahe stehenden Kreisen unterhalten und gleichzeitig Nachrichten über so viele edle, opferbereite und pflichtbewusste Bürger erhalten, die bei der Lektüre meiner Reflexionen deren Erwägungen nicht im Geringsten bestreiten, diese assimilieren, ihnen Glauben schenken und die von mir dargelegten Überlegungen auf einmal hinunterschlucken, jedoch unmittelbar ihre Zeit darauf verwenden, ihre Arbeit zu erfüllen, der sie ihre gesamte Energie widmen. Genau das ist es, was wir von unsern Mitbürgern wünschen. Das Schlimmste ist, dass plötzlich die Nachrichten über schwerwiegende Ereignisse bekannt werden, ohne vorher irgendeine Nachricht über die Möglichkeit solcher Geschehnisse gehört zu haben, denn dann würden sich Verwirrung und Panik ausbreiten, die einem so heldenhaften Volk wie dem kubanischen nicht würdig wären, welches im Oktober 1962 kurz davor stand, zum Ziel eines massiven atomaren Angriffs zu werden und nicht einen einzigen Augenblick gezögert hat, seine Pflicht zu erfüllen.

Bei der Erfüllung von heldenhaften internationalistischen Missionen standen mutige Kämpfer und Befehlshaber unserer Revolutionären Streitkräfte kurz davor, Opfer von atomaren Angriffen gegen die sich der Südgrenze von Angola nähernden kubanischen Truppen zu werden, von wo die rassistischen südafrikanischen Streitkräfte nach der Schlacht von Cuito Cuanavale verdrängt worden waren und sich an der Grenze von Namibia verschanzten.

Der Pentagon hat mit Kenntnis des Präsidenten der Vereinigten Staaten den südafrikanischen Rassisten über Israel circa 14 solcher Atomwaffen geliefert, die viel wirkungsvoller sind als jene, die auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki abgeworfenen, wie wir schon bei andern Reflexionen erklärt haben.

Ich bin weder Prophet noch Wahrsager. Niemand hat mir auch nur ein Wort darüber gesagt, was geschehen würde; all dies ist Ergebnis dessen gewesen, was ich heute als logisches Denken bezeichne.

Wir sind weder Neulinge bei diesem komplizierten Thema noch mischen wir uns hier ein.

In der atomaren Nachkriegszeit kann vorausgesagt werden, was in den anderen Ländern des iberamerikanischen sprechenden Amerika geschehen wird.

Unter diesen Umständen wird man nicht von Kapitalismus oder Sozialismus sprechen können. Es wird nur eine Etappe der Verwaltung der in diesem Teil des Kontinents verfügbaren Güter und Dienstleistungen eröffnet werden. Unvermeidbar wird jedes Land weiter von denen regiert werden, die heute jeweils den Regierungen vorstehen, mehrere dem Sozialismus sehr nahe stehende und andere voller Euphorie wegen der Eröffnung eines Weltmarkts, der sich jetzt für die Kraftstoffe, das Uran, das Kupfer, das Lithium, das Aluminium, das Eisen und andere Metalle öffnet, die heutzutage den entwickelten und reichen Ländern geschickt werden, der plötzlich verschwinden wird.

Reichlich viele Nahrungsmittel, die heute auf diesen Weltmarkt exportiert werden, werden ebenfalls ganz abrupt verschwinden.

Unter solchen Umständen sind die elementarsten, zum Leben erforderlichen Erzeugnisse, d.h. die Nahrungsmittel, das Wasser, die Kraftstoffe und die Ressourcen der Hemisphäre südlich der Vereinigten Staaten, reichlich vorhanden, um ein bisschen Zivilisation aufrecht zu erhalten, deren unkontrollierte Fortschritte die Menschheit zu einer solchen Katastrophe geführt haben.

Es gibt jedoch Dinge, die noch sehr ungewiss sind: Werden sich die zwei mächtigsten Atommächte, die Vereinigten Staaten und Russland, der Anwendung ihrer Atomwaffen gegeneinander enthalten können?

Es gibt keinerlei Zweifel darüber, dass von Europa aus die Atomwaffen von Großbritannien und Frankreich, verbündet mit den Vereinigten Staaten und Israel, – welche mit Enthusiasmus die Resolution auferlegt haben, welche unvermeidbar den Krieg auslösen wird, und dieser wird, aus den schon erläuterten Gründen, unmittelbar zu einem Atomkrieg werden – das russische Hoheitsgebiet bedrohen, obwohl das Land, ebenso wie China im Rahmen der Kräfte und Möglichkeiten von jedem von ihnen beiden dies zu vermeiden versucht hat.

Die Wirtschaft der Supermacht wird wie ein Kartenhaus einstürzen. Die US-amerikanische Gesellschaft ist die am wenigsten darauf vorbereitete, um solch eine Katastrophe auszuhalten, wie die, welche das Imperium in jenem Gebiet selbst geschaffen hat, von dem es ausgegangen ist.

Wir wissen nicht, welche Umweltauswirkungen die Atomwaffen verursachen werden, die unvermeidbar an

mehreren Stellen unseres Planeten explodieren werden, und die man in der weniger schlimmen Variante reichlich herstellen wird.

Hypothesen zu wagen, das wäre reine Sciencefiction meinerseits.

Fidel Castro Ruz – 27. Juni 2010 14:15 Uhr

Quelle: [Fidel-Wahrheit](#)

**Kommunistische Grüße,
Martin
Kommunistische Initiative
(Organisationskomitee)**

KONTOVERBINDUNG

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Sympathisanten und Freunde der Kommunistischen Initiative!

Wir bitten euch weiterhin um Spenden.

Mit kommunistischen Grüßen, Organisationskomitee der KI, 01. Juli 2010

Konto: Torsten Reichelt

Konto-Nummer: 4202321850

BLZ: 85050300 (Ostsächsische Sparkasse Dresden)

Verwendungszweck: „KI-2010“